

# Volkstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Blum, Magdeburg. — Druck und Verlag von H. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 4. — Fernrufnummer 1111. Für Anzerate 1927, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 941. Postzeitungsnummer L. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Postung, 12.00 RM, monatlich 3.00 RM. Beim Abholer vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 11.00 RM, monatlich 2.75 RM. Bei den Postämtern vierteljährlich 12.00 RM, monatlich 3.00 RM, ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigenpreis: die halbspaltige Nonpareilzeile 1.00 RM, im Restamtteil Zeile 1.50 RM. Vereinstafelbesitzer 50 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 127 Magdeburg.

Nr. 211.

Magdeburg, Freitag den 9. September 1921.

32. Jahrgang.

## Alldeutsche und Allfranzosen.

Den Alldeutschen und ihrem General Ludendorff kommt ein unerwarteter Bundesgenosse zur rechten Zeit: das französische Chauvinistenblatt „Le Temps“. Unter dem Titel „Der Demonstrationsrummel und das Ausland“ gibt die „Deutsche Tageszeitung“ folgende Neußerungen des Pariser Blattes anlässlich der gewaltigen republikanischen Kundgebungen wieder:

Die deutschen Revolutionäre, die vergebens gehofft haben, daß die Morde an Eisner, Liebknecht, an Rosa Luxemburg, an Gurewitsch und an manchen andern der nationalistischen Propaganda schaden würden, haben keinen Sinn für die Wirklichkeit, wenn sie denken, den Tod des unpopulärsten Mannes in Deutschland zugunsten ihrer politischen Interessen ausbeuten zu können. Indem sie das Proletariat auf die Straße rufen, indem sie es gegen die Kapitalisten und die Bürger aufreizen, spielen sie das Spiel der Kommunisten, die nur an Unordnung denken, und durch den Rückstoß das Spiel der Reaktion.

Beifällig bemerkt dazu die „Deutsche Tageszeitung“, sie könne den deutschen Republikanern nur empfehlen, die fremde Presse zu eigenem Nutzen zu lesen.

Wie kommt Saul unter die Propheten? Wenn zu alten Zeiten irgendein sozialdemokratisches oder pazifistisches Blatt die Taten der Alldeutschen im Spiegel der ausländischen Presse oder in der Wirkung von Entente-Maßnahmen gegen Deutschland gezeigt hat, sofort schrien die Helfferische: „Goldknechte der Entente“. Erzberger ist ja nicht zuletzt das

### Opfer reaktionärer Berlemburgerzentralen

geworden, die ihn als gefauften Agenten des Auslandes bezeichnet haben, weil er die Konsequenzen aus unserm militärischen und politischen Zusammenbruch gezogen und die Rücksicht auf das Ausland nahm, die ein durch die Politik der Alldeutschen und Garabenteure geschlagenes und zur Ohnmacht verurteiltes Deutschland nehmen muß. Was Ungemach, das wir über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinaus erdulden mußten, war die Folge des alldeutschen Revanchegedankens, des Balkanabenteuers, der Frontkämpfertage, der Hohenzollernfeiern, der Orgeleumänner, der Stahlhelme, der Adlonkämpfer und wie die Narren heißen, die ihren Gesinnungsgenossen an der Seine und an der Themse die Waffen geschmiedet haben. Kein anderer als der „Le Temps“, der jetzige Kronzeuge der „Deutschen Tageszeitung“, ist es gewesen, der täglich die französischen Vergeltungsmaßnahmen durch diese alldeutschen Heldentaten und Provokationen rechtfertigte und als „beständige Bedrohung und Beunruhigung Frankreichs“ bezeichnete. Niemals ist es irgendeinem reaktionären Blatt eingefallen, „zum eignen Nutzen die fremde Presse zu lesen“. Niemals haben die Westarp, Müller, Ludendorff, Rahr oder Cittel-Schieberich der eingeschlagenen Fensterscheiben gedacht, die das deutsche Volk immer wieder teuer bezahlen mußte.

Wenn jetzt der „Le Temps“ seinen

### deutschen Helfern beispringt

und mit ihnen den kommunistischen Bugemann vor die Scheibe zieht, so enthält diese Waffenbrüderschaft ein wertvolles Eingeständnis. Es ist uns nicht neu. Wie oft haben wir gesagt: Die Ludendorff und Helfferich müßten zu Ehrenmitgliedern der französischen Chauvinisten und Imperialisten ernannt werden! Woher sollten Clemenceau oder Briand die Gründe für ihre Politik gegen Deutschland ableiten, wenn sie ihnen nicht stündlich von den deutschen Monarchisten und Militaristen geliefert würden! Und plötzlich, da endlich die deutsche Regierung dem alldeutschen Spuk ein Ende bereiten will, wird ihr von einem französischen Gehblat mit alldeutschen Argumenten entgegengetreten. Und weshalb? Europäische Probleme drängen zur Entscheidung, die das Geschick der Nationen für Jahrzehnte bestimmen. Der Rat des Völkerbundes tagt in Genf und prüft die oberste politische Frage. England drängt für Aufhebung der Sanktionen im Rheinland. Sardes Verträge mit den Vereinigten Staaten und andern Ländern bereiten sich vor, die entscheidend für die künftige deutsche Wirtschaft werden. Die Massenkundgebungen für die Republik haben in der ganzen Welt den besten und nachhaltigsten Eindruck zugunsten Deutschlands hervorgerufen. Wenn Ludendorff schweigen und die Berliner Maskengesellschaft nicht mehr Uniformen an Eisenerg-Organisationen und keine Eisernen Kreuze für deutschnationale Geldbrüder verleihen können, womit sollten Briand, Foch und der „Le Temps“ ihre Gewaltpolitik vor dem Obersten Rate verteidigen?

Das Verbot alldeutscher Wälder hat den Annektionisten in Paris das beste Agitationsmaterial genommen. Wenn es in Deutschland

### unbezahlte Agenten der französischen Militaristen

gibt, so sind es die Alldeutschen, die nicht leben könnten ohne ihre Gesinnungsgenossen in Frankreich. „Deutsche Tageszeitung“ und „Le Temps“, die sich heute wie zu allen Zeiten gegenseitig in die Hände arbeiten, Arm in Arm gegen die Regierung Wirth und gegen die Parteien, die ehrlich den Friedensvertrag erfüllen wollen!

Es gibt in Frankreich ein Gegenstück zu Erzberger: Caillaux. Was Erzberger durch die deutschen Kriegshelmer und Imperialisten erdulden mußte, hat Caillaux jenseits der Vogesen von den französischen erfahren. Hier wie dort ein Bürgerlicher, der mitten im Kriege den Wahnsinn des Völkermordens durch gegenseitige Verständigung beenden wollte, weil er das drohende Unheil für Sieger wie Besiegte vorausah. Hier wie dort ein Bürgerlicher, der den sozialen Sinn der Zeit fühlte, das Bürgertum darauf einstellen und den Besitzenden größere Steuerlasten aufwälzen wollte als den Armen, um den drohenden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit vorzubeugen. Caillaux und Erzberger, einer so verhaßt bei seinen bürgerlichen Widersachern wie der andere; auch einem Caillaux sind gedungene Mörder jahrelang nachgeschickten. Könnte nicht Erzberger gesagt haben, was Caillaux in seinem kürzlich erschienenen Buche „Meine Gefangenschaft“ schrieb:

Weshalb befiel sie bei dem Gedanken, daß sie eine erhebliche Abgabe von ihren ungeheuren Einkünften ertragen sollten. Furcht bannte sie vor allem, angesichts der ärgerlichen Indiscretionen über die Bedeutung und die Herkunft ihrer mit rasender Schnelligkeit aufgestapelten Vermögen, und die Kapitalisten, welche die großen Informationsorgane in Händen hielten, mit samt der Anbahnung, die sie umgab, verbanden sich unter der Oberfläche langsam mit den Konservativen. . . . Um der Umgestaltung vorzubeugen, ist der Vermögenseigner niederzuschlagen, bei einem Neubau des alten fiskalischen Hauses im Schilde führt, das so bequem für die Ruhe der Großbourgeoisie eingerichtet war. . . . „Faschisten und Macher werden sich verständigen, um den Wutausbrüchen der rekrutierten Massen die Männer zu opfern, die etwa hartnäckig dabei bleiben sollten, daß die wahre Formel des Patriotismus diese ist: alle Nationen in Freiheit und Gerechtigkeit auszuwählen. . . .“

Der „Le Temps“, der mitgeholfen hat, Caillaux niederzuschlagen, konnte an einem Erzberger keinen Gefallen finden, so wenig wie die deutschen Männer der „Deutschen Tageszeitung“. Alldeutsche und Allfranzosen Arm in Arm. Sie sind einander würdig!

Ulmaier.

### Bayerische Diplomatie.

Die Rahr-Regierung von Bayern wendet auch jetzt wieder ihre besondere „diplomatische“ Methode an: sie verschleppt die Verhandlungen, um Zeit für eine entsprechende Bearbeitung der Öffentlichkeit zu gewinnen. Sie reorganisiert ihre „aufgelösten“ Einwohnervetern, um jederzeit die für das Reich und die Republik demonstrierenden Arbeiter niederzuschlagen zu können. Die Rahr-Männer hoffen, durch eine Verschleppung einmal die Reichsregierung zur Weiche zu machen und zum andern die Republikaner so zu reizen, daß es Gelegenheit gibt, die Maschinengewehre knattern zu lassen, womit dann die Notwendigkeit des Belagerungszustandes für Bayern „erwiesen“ und die Rahr-Regierung wieder einmal gerettet wäre.

Das heuchlerische Getöse der Boehner-Kreaturen über die Eingriffe des Reiches in die Exekutive der Länder wird gekennzeichnet, wenn man sich an das Verhalten der bayrischen Regierung bei der Entwaffnungsfrage erinnert. Damals verlangten die Rahr und Boehner, daß das Reich von sich aus die Entwaffnung vornehme. Jetzt plärren sie wie Wilde, weil die Reichsregierung verlangt, daß einmal gegen die Hezereien der Reichsbolschewisten vorgegangen werde.

Der Münchner Polizeipräsident Boehner fährt fort, die Arbeiter zu verhöhnen. Er hat zwei Plakate der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften verboten, während noch immer die Hezplakate gegen die „Judenregierung“ erneuert werden. Es werden auch keinerlei Maßnahmen getroffen, um das Erscheinen der verbotenen Hezblätter zu ver-

hindern, die durch eine Titeländerung das Verbot umgehen. Um so aufmerksamer verfolgt der Polizeipräsident das unabhängige Organ in München. Boehner nimmt in einem Erlaß zu dem Verbot neuerdings Stellung und begründet die Aufrechterhaltung des Verbots damit, daß nach den bestehenden Bestimmungen keine rechtliche Grundlage dafür bestehe, daß ein Verbot überhaupt jemals aufgehoben werden müsse. Merkwürdig ist, daß die gesamte bürgerliche Presse, die jetzt so eifrig über die Pressefreiheit wachet, von dieser Leistung des Boehner überhaupt keine Notiz nimmt.

Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Vertretern Bayerns sind noch nicht zu Ende. Nach einer offiziellen Mitteilung sollen die Vertreter auch gar nicht verhandeln mit dem Ziele, zu einem bestimmten Ergebnis zu kommen, sondern sie sollen eben nur mit dem Reichskabinet die Stimmungen und Gefühle der Rahr-Regierung beschwächen. Und das läßt sich in ihrer Schatzkammer die Reichsregierung gefallen.

In dieser Stunde werden die Führer der Koalitionsparteien des Reichstags eine Konferenz abhalten, um zu der politischen Lage Stellung zu nehmen, besonders um die bayerische Frage zu besprechen.

Am Mittwoch fand eine vertrauliche Aussprache von Vertretern der Sozialdemokratischen Partei mit solchen der U. S. B. über die politische Lage statt. Man war sich einig darin, daß sich zum Schutze der Republik ein gemeinsames Vorgehen beider Parteien empfiehlt. Im Vordergrund stand die bayerische Frage. Es wurden die Maßnahmen besprochen, die bereits bei den Beratungen in Nürnberg eingeleitet worden sind, sowie die Unterstützung, die die gesamte Arbeiterschaft, falls es notwendig werden würde, der bayerischen Arbeiterschaft leisten würde. Weitgehend wurde betont, daß die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern unerlässlich sei. Wie in diesen Fragen, so ergab sich auch eine weitgehende Uebereinstimmung hinsichtlich der Maßnahmen, die auf dem Wege der Gesetzgebung zum Schutze der Republik zu treffen sind.

Am Abend nahmen die Vertreter der beiden Parteien Gelegenheit, den Reichskanzler und den Reichsminister des Innern über ihre Auffassung zu unterrichten. Insbesondere lenkten sie die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Tatsache, daß auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten neuerdings wiederholt kommunistische Blätter verboten worden sind. Die Vertreter der Parteien ließen keinen Zweifel darüber, daß der im wesentlichen gegen die Reichsbolschewisten gerichtete Charakter der Verordnung nicht durch untergeordnete Verwaltungsorgane verwirklicht und nach links umgebrochen werden dürfe. Die Regierungsvertreter betonten ihre Uebereinstimmung mit dieser Auffassung, erklärten jedoch, daß, wenn linksstehende Blätter zur Gewaltanwendung gegen die Verfassung oder die Vertreter der Republik aufforderten, die Verordnung auch gegen sie Anwendung finden müsse. Die Besprechung wird am Donnerstagabend fortgesetzt werden, nachdem die Beratungen mit den bayerischen Vertretern beendet sein werden.

### Völkerbund und Friedensrevision.

In der Mittwoch-Sitzung des Völkerbundes kam eine in mehr als einer Hinsicht bedeutende Frage zur Sprache. Die Vertreter Boliviens stellten den Antrag, eine Völkerbunds-Kommission zwecks Revision des Friedensvertrages zwischen Chile und Bolivien aus dem Jahre 1904 einzusetzen. Die öffentliche Meinung Boliviens betrachte den Vertrag als unzulässig. Bolivien verlange hier vom Völkerbund eine Maßnahme der Geschäftigkeit, sie verjagen, ließe die Grundlage des Völkerbundes verfeuern.

Der Vertreter Chiles führte demgegenüber aus, daß er zwar jedem Vorgehen des Völkerbundes zustimmen werde, das den Versammelten gestatte, sich eine eigene Meinung zu bilden, solange damit nicht die Zuständigkeit des Völkerbundes präjudiziert werde, sollte aber Bolivien auf der Revision beharren, dann werde er durch seine Gegenstimme die für die Revision erforderliche Einstimmigkeit der Versammlung sprengen. Der Vertreter suchte die Versammlung durch den Hinweis auf die Folgen eines Präzedenzfalls für sich zu gewinnen. Sollte dieser Vertrag revidiert werden,

so würden eines Tages alle Besiegten kommen und die Revision aller Friedensverträge der vergangenen Jahrzehnte beantragen. Der Völkerverbund hätte dann die ungeheuerliche Aufgabe, die Ergebnisse aller kürzlich beendeten Kriege wieder aufzuheben.

Auf Vorschlag des vielgewandten Präsidenten von Kamebeck wurde beschlossen, die Exposé der bolivianischen und chilenischen Delegierten zu drucken und den Versammlungsteilnehmern zuzustellen, damit diese sich in der Frage ein Urteil bilden können. Der interessante Streitfall dürfte damit aber kaum erledigt sein, da das Ansehen des Völkerverbundes eine ernstere Lösung derartiger Fragen verlangt.

### Stegerwalds Auffassung.

Der preussische Ministerpräsident Stegerwald hat das Bedürfnis gefühlt, noch einmal seine Anschauung zur Lage kundzutun und zu diesem Zweck die Form eines Zwiesgesprächs mit dem Chefredakteur seiner Zeitung, „Der Deutsche“, gewählt.

Stegerwald formuliert die Lage dahin, daß die Sozialdemokratie für eine Verklärung der Linken eintrete, während Zentrum und Demokraten sich „gegen eine Zerreißen der Mitte“ (?) einlesen. Würde es sich bei den Auseinandersetzungen bloß um mehr Brot für die breiten, nichtbesitzenden Volksschichten handeln, dann lände, er, der Ministerpräsident, unbedingt an der Seite der Sozialdemokratie. Aber eben nur hypothetisch. Denn — so fährt Stegerwald gleich fort — der Mensch lebt nicht von Brot allein! Gegenwärtig handelt es sich um die Frage, ob jetzt schon in Deutschland die Entscheidung zwischen rechts und links gekommen sei. Stegerwald bekennt diese Frage und unterstreicht in diesem Zusammenhang seinen Gegensatz gegenüber dem zu den Deutschnationalen übergetretenen Herrn Spahn jun., womit er wohl dessen Liebeswerben eine — freilich sehr gelinde — Abgabe erteilen will. Für Stegerwald ist eine Rechtsmehrheit wie Linksmehrheit gleich unerträglich, wobei er nur überblickt, daß er in Preußen mit Hilfe dieser angeblich unerträglichen Rechtsmehrheit regiert. Er will eine „kompakte Mitte einschließlich eines starken Arbeiterflügels“, was nur eine theoretische Umschreibung des von ihm gewollten Blocks von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie ist.

Einige Beachtung verdient sein Wort über die Steuerfrage:

Die bürgerlichen Kreise, die den Wiederaufbau unseres Landes frei von politischer und klassenpolitischer Enge wollen, müssen insbesondere bei der bevorstehenden Steuererhebung erkennen, daß die nichtbesitzenden Kreise nicht einseitig den Lasten für die Gesellschaft abgeben können. Ungehörige Steuermass auf der einen Seite und unübersehbarer Massenbedarfes steuern auf der anderen Seite sind eine politische Unmöglichkeit.

Lieber vergißt Herr Stegerwald, daß es mindestens eine gleichgroße politische Unmöglichkeit ist, die Bekämpfung des Besitzes mit dem in der Deutschen Volkspartei organisierten Großkapital durchzuführen.

Den Streit um Monarchie und Republik erklärt Stegerwald für eine „Sonntagsangelegenheit“, da mindestens 80 Prozent des deutschen Volks müßten, daß in absehbarer Zeit in Deutschland an eine Monarchie nicht gedacht werden kann. Angehts der Vorgänge der letzten Zeit erachtet diese Auffassung reichlich naiv. Herr Stegerwald aber braucht sie als Voraussetzung seiner Forderung eines „starken Sozialblockes, der willens ist, die gegenwärtige Verfassung mit allen künftigen Nachbarn nach allen Seiten hin zu verteidigen“. Der Kaiser ist einer Partei, die immer wieder ihr Verbleiben zur Monarchie ablehnt, keine künftige Stütze eines solchen Koalitionssblocks. Ueber die preussische Regierungssituation sagt Stegerwald:

Die preussische Regierungssituation liegt nicht, wie man in verschiedenen Kreisen annimmt, bei uns, sondern bei dem Zentrum und der Deutschen demokratischen Partei. Soweit die Dinge übersehen, entspricht das, was einzelne große Zeitungen der beiden Parteien bringen, nicht den wirklichen Anschauungen und dem Verhältnis in beiden Parteien.

Herr Stegerwald will mit diesem Satz offensichtlich zum Ausdruck bringen, daß das Zentrum und die Demokraten in Preußen von einer Forderung des künftigen Siegerwals nichts wissen wollen. Er muß es wohl wissen. Jedenfalls haben wir bei der ungelärten Stellung dieser beiden Parteien keine Ursache, ihm zu widersprechen. Aber Herr Stegerwald möge alsdann die Nebenarten wie „Kampf gegen die Zerreißen der Mitte“ und „kompakte Mitte einschließlich eines starken Arbeiterflügels“ beiseite lassen. Denn die Situation ist so, daß der angebliche Mann der Mitte es für durchaus erträglich hält, ohne Arbeiterflügel, aber geführt auf eine kompakte Rechtsmehrheit zu regieren. Diese Tatsache kennzeichnet Stegerwalds Wendungen eben als bloße Redensarten, wie wir sie oft aus seinem Munde gehört haben. Die aber immer nur die harte Wirklichkeit verhehlen sollten, daß das Herz des Herrn Stegerwald auf der rechten Seite schlägt. Aber demgegenüber steht die andere Tatsache, daß die gegenwärtige Politik der Reichsregierung sich doch nicht mit leichtem Lächeln als „Sonntagsarbeit“ abtun läßt und Herrn Stegerwald sowie die preussischen Regierungsparteien über kurz oder lang zwingen wird, unter Beiseitelassung aller schönen Worte durch Taten Farbe zu bekennen.

### Schwarzweibrote Heerschau.

Der Antisemitenhauptling Reinhold Wulle, der von Max Maurerbrücker verdrängte ehemalige Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“ und derzeitige Herausgeber des allerdings verbotenen „Deutschen Tageblatts“, ruft seine Getreuen zu einer Heerschau schwarzweibrot auf, die in Potsdam am 2. Oktober stattfinden soll. Dort soll auch die Stijung der „deutschen Ehrenmünze des Weltkriegs“ stattfinden und was sonst noch alles zu einem richtigen schwarzweibrot Klamauf gehört.

Viel mehr als z. B. die Frage, ob die Hauptredner des Tages — Wulle und Gräfe-Goldbeck — die „Ehrenmünze“ für ihr tapferes Stellunghalten in der Heimat ebenfalls bekommen, interessiert es uns, wer hinter dieser „Heerschau“ steht, die nichts anderes als das zivile Gegenstück zum „Frontkämpferfest“ im Stadion ist. Und da finden wir in trauer Gemeinschaft mit dem Verbande nationalsozialistischer Soldaten, Nationalverband deutscher Offiziere, der Deutschnationalen Volkspartei und dem Deutschen Herold auch die Deutsche Volkspartei.

### Preussischer Untersuchungsausschuß

Am Mittwoch fekte der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags über den mitteldeutschen Aufstand seine Beratungen fort. Auf der Tagesordnung stand die Vernehmung von Zeugen, die gemäß der Verfassung öffentlich war. Bei der Zeugenvernehmung, zu der die Genossen Sebering, Göring und andre Regierungsbeamte als Zeugen geladen waren, wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden Kuttner (Soz.) von einer eiblichen Vernehmung abgesehen.

Nach Erledigung einiger Vorträge gab zunächst Minister außer Dienst Sebering eine Darstellung der Ursachen des Aufstands, in der er u. a. ausführte: Die Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen, der Terror in den Bezirken nahm in erschreckender Weise zu und wurde von den zuständigen Behörden aufmerksam verfolgt. Von einem Einsprechen wurde auf Bitten der zuständigen Gewerkschaften, die nur eine Verjährung davon begehrteten, abgesehen. Ausländer haben sich dort in großer Zahl eingefunden. Ich war bereit, Ausländer anzunehmen, die den wirtschaftlichen Frieden zu stören suchten. Die rechtstehenden Selbstschutzorganisationen, die über ihre Grenzen Waffen verfügten, erregten das Mißtrauen der Arbeiterpartei. Das Mißtrauen trug dazu bei, auch hier die Ablieferung der Waffen zu verzögern. Ich habe aber stets darauf gedrungen, bei der Entlassungsaktion mit größter Neutralität gegen rechts und links vorzugehen. Die Notwendigkeit eines zentralen Polizeiorgans gerade in der Provinz Sachsen wurde anerkannt und ein halbes Jahr vor den Unruhen sind dementsprechend Vorbereitungen getroffen worden. Bei dem Berliner Dynamitattentat stammten Teile des Sprengstoffes aus Mitteldeutschland und diese Warnungssignale veranlaßten mich, den Oberpräsidenten anzuweisen, rechtzeitig einzugreifen. Wir kamen in einer gemeinsamen

Besprechung mit dem Oberpräsidenten und dem Merseburger Regierungspräsidenten zu dem Beschluß, daß die Polizei einmarschieren sollte, da die einzelnen Gedanken des Terrors in den Betrieben überhaupt nicht mehr Herr werden könnten. Beschlossen wurde damals, welche Amtsvorsteher und Gemeindevorsteher aus ihren Postern zu entfernen seien, die sich bei ihrer Amtsführung von den bestehenden Beschlüssen bestimmen ließen. Bei der Besprechung, an der Vertreter aller politischen Parteien, außer den Kommunisten, teilnahmen, wurde von rechter Seite den geplanten Maßnahmen widersprochen. Alarmierung der Reichswehr haben wir vor allem mit Rücksicht auf die oberflächliche Abstimmung in Nebereinstimmung mit dem Reichskabinett vermieden. Am 17. oder 18. März rief die „Note Fahnle“ mit Hinweis auf Oberbeschleßen und die Sanktionen am Rhein die Arbeiter überall zur Aktivität auf. Als danach die Arbeiter gegen die Schupo aggressiv wurden, erwog das Kabinett nochmals das Einsetzen der Reichswehr. Ich wußte, daß die Reichswehr nur weitere Kreise der Arbeiter schafft dem Aufstand geneigt machen und die Gefahr vergrößern würde, es haben sich hinterher die aufgebotenen Polizeikräfte als genügend erwiesen.

Es wäre viel gewonnen, wenn in Zukunft solche traurigen Ereignisse nicht von verschiedenen Seiten zu parteipolitischen Zwecken ausgeschlachtet würden. Was gegen die Landräte des Aufstandesgebiets, besonders in Bitterfeld, sowie gegen den Oberpräsidenten vorgebracht worden ist, beruht auf tendenziöser Erfindung. Ueber die Beteiligung einiger Amts- und Gemeindevorsteher am Aufstand lag am 21. April, als ich mein Ministerium aufgab, noch kein abschließendes Ergebnis vor.

Auf Ersuchen des Vorsitzenden erstattet Abg. Sebering über den Terror in den Betrieben und über das Auftreten verächtlicher Ausländer und dergleichen eingehenden Bericht. Die Zeitungsnachrichten über massenhaftes Auftreten von Ausländern waren stark übertrieben. Die Organe waren in der Hälfte des Aufstandesgebiets überall bewaffnet und organisiert und deshalb ließen die Arbeiter sich schwer überzeugen, daß die Waffen abgegeben werden mußten. Von einer geheimen Notiz Armees kann nicht gesprochen werden, da die Bewaffnung und Organisation der Aufrehrer sehr mangelhaft waren. Viel gefährlicher waren die Sprengstoffvorräte der Aufständischen. Mein Eindruck war der, daß die kommunistische Partei das Signal gegeben hat, zwar nicht für einen spezifisch mitteldeutschen Aufstand, wohl aber für ein allgemeines Vorgehen, um die Situation auszunutzen, die durch Oberbeschleßen und die Sanktionen entstanden war. Detaillierte Angaben lagen vor allem in Ostpreußen vor.

Ueber Ostpreußen lag ein Bericht vor, wonach ein regelrechter Dienst organisiert war und alle Vorbereitungen getroffen waren, geschlossen vorzugehen. Vom Vorsitzenden befragt, was die eigentliche Ursache für den Aufstand gewesen sein dürfte, erklärt der Zeuge: Schon während der Kriegszeit und insbesondere nach der Revolution war Mitteldeutschland und besonders Sachsen der stärkste Herd der Unruhen. Schon 1919 hätte die Polizei stärker organisiert sein müssen. Dazu kommt, daß der kommunistische Parteitag nirgends einen so starken Widerstand gefunden habe als gerade in Sachsen. Gerade hier haben die Massen geklaut, der Tag sei nicht mehr fern, um russische Methoden in Deutschland einzuführen.

Die außerordentlichen Behörden müßten, so äußert sich der Zeuge weiter, nach Möglichkeit eingeschränkt werden. Der Zeuge äußert sich sodann zu dem Punkt: Wahrung der Landräte, Amtsversteher und so weiter. Der kommissarische Landrat Kapfark habe als Verwaltungsbeamter das geleistet, was man von ihm erwarten konnte.

Berichterstatter Dr. Siebknecht (Unabh. Soz.) richtet hierauf an den Zeugen die Frage: Wollte man durch Ausschließen des Geschwüres die Aktion zur Entladung bringen, wie es in einem Artikel des Zeugen im „Getreuen Offizier“ heißt?

Der Zeuge erwidert: Die verhältnismäßig schwache Verwendung von polizeilichen Kräften hat — eine unbeabsichtigte und unvorhergesehene, aber durchaus willkommene Nebenwirkung — den vorbereiteten Aufstand zum Ausbruch gebracht. Der Zeuge macht weitere Mitteilungen von den Maßnahmen der Regierung zur Aufklärung der Dynamitfunde in Mitteldeutschland im Zusammenhang mit dem Auftreten von Holz.

Auf eine Frage des Berichterstatters Dr. v. Rylander (Dt.-nall.), was die Behörden auf den umfassenden Bericht über den bevorstehenden Ausbruch des Aufstandes unternommen hätten, der vom Reichskommissar erstattet sei, erwidert der Zeuge, daß von der preussischen Staatsregierung auf diesen Bericht nichts Unmittelbares beantragt wäre, wohl aber auf die Berichte und Mitteilungen der eignen Behörden. Von dem Bestehen

### Kleines Feuilleton.

#### Stadttheater.

Hedda Gabler. Man müßt sich veracht, über dieses Drama den Titel zu setzen, den Suberwann für drei kleine Cuatier gewählt hat: „Morium“ — Todesstunde. Es ist immer wichtig, jemand auf der Bühne spielen zu lassen, aber es ist ungeheurer schwer, den Tod so zu begründen, daß er als unabweisbare Notwendigkeit empfunden wird. Das Sterben auf der Bühne hat einen heftigen Sinn als im Leben, denn es bedeutet nicht die bloße Erfüllung eines Katastrophen, die notwendige Ergänzung zum Entgehen des Lebens, sondern die Erfüllung eines moralischen Gesetzes. Niemand darf sterben, der nicht würdevoll zum Sterben reif ist. Deswegen ist ein natürlicher Tod, wie etwa der des ersten Mannes in „Zell“, der in der letzten aus Altersschwäche seinen Geist aufgibt, so selten, wie ein Selbstmord so häufig auf dem Theater.

Hedda Gabler hat ihren ehemaligen Geliebten Alving verheiratet, beide durch Selbstmord. Aber er ist noch genug, die beiden Töchter seiner Augen zu entziehen. Es kommt ihm nicht auf den höchsten Wahnsinn an, vielmehr auf die Bekämpfung seiner Unzulänglichkeiten. Die beiden Mädchen haben ihr Leben verbracht — nicht durch Verbrechen im Sinne des Strafrechts, denn auch mit den Griminalgesetzen haben die Gesetze der dramatischen Kunst nichts zu tun, sondern wie mit denen der Natur, des höchsten natürlichen Lebens. Der Vater ist über Geranungen, über Charaktere zu Gericht, über die inneren Zusammenhänge zu dem äußeren Geschehen, das allein der Strafrechtler beschäftigt. Der Vater ist jugendlicher der Eoclenziger. Er mag die inneren Zusammenhänge seiner Lebensbedingungen erkennen, den natürlichen Lebenslauf empfinden. Er kann nicht das äußere Geschehen des Sterbens gewaltig und notwendig wie eine Katastrophe über die Schuldigen hereinbrechen, der erste Thronfolger des Dramas, findet in diesem Zusammenhang ein „Königreich neuer Gesetze“.

Generalstaater, in Augus und Wohlleben aufgewachsen, leidenschaftlich und geistig, aber zu feig, um dem Skandal zu trotzen. Die Halbjuenger, die sich an den Gefährnissen eines kiederlichen Literaten aufregt, aber immer vor dem letzten Schritte zurückweicht, die, als sie sich müde gelangt und wegen ihrer Mittellosgkeit keinen Mann bekommen hat, einen lebensunkindlichen Gelehrten, Lesman, einfüngt und ihn heiratet, nur um verpörrt zu sein. Die Ehe ist ja nach der Auffassung dieser „entpändigen“ Frauen der Kreier auf jankrankeosen Lebensgesetz. Hedda kehrt ihren Gatten, der kaum das zu einem unabhängigen Leben notwendige Auskommen hat, in Schulden: der Generalstaater wird auf Schulden angesetzt. Ein alter, ausgefuchter Lebensmann, der Gerichtsrat Brand, macht sich die Verlegenheit des Ehepaars zunutze, finanziert die Wirtschaft und sichert sich damit die Rechte des Hausvaters. Der Konflikt erreicht seinen Höhepunkt, als der verdammte Böbörg wieder auftaucht und seine Ansprüche auf die Jugendliebliche erneuert. Hedda kann ihn nicht heissen, weil eine andre, Frau Alving, aus Böbörgs Frau unabhängigen Menschen gemacht. In der Euf und Ausgehrungen lütert sich. Für Hedda ist nur noch eins übrig: das Recht ihrer Lebensunterhalt zu vernichten und Böbörg wieder in den Kampf hineinzuführen, in dem sie sich ehemals gefunden hat. Und sie führt ihr Vernichtungswort mit jener kalten, bewundernswürdigen Gewandtheit aus, die für hysterische Frauen so charakteristisch ist. Nachdem sie Böbörgs Konflikt verdrängt — weil er es unter dem jetzigen Einfluß der Alvinga gehalten — und sie ihm die Witale in die Hand gedrückt hat, steht ihr selber kein anderer Weg mehr offen, als der in den Tod. Furcht vor dem Skandal und Eitel über den so gar nicht vernünftigen Untertrag des Freundes — er sollte „in Schönheit“ sterben, mit Reichtum im Haus, und hatte sich dessen im Vorfeld gerahmt mit einem Schuß im Unterleib — werfen einen unruhigen Schatten auf Heddas Selbstmord.

Das Drama, über dessen unglückliche Technik — wie ist da eine Anrede in die andre herzuführen, wie unanziehlich müht sich das Ganze launiglosig der Substanz zu — man immer wieder aufs neue kommen muß, sind leider nicht die Schwächen, die man ihm gemahnt hätte. Es gab große Regie-mängel wie den Beginn des letzten Aktes, wo eine holländische Fingermis (man darf die Bühne niemals so verunkeln, daß der Zuschauer in ein schwarzes Loch zu sehen glaubt) mit einem Schlag in bunte Heftigkeit übergeht, nur weil eine kleine Reintone-länge herangebracht wird. Es läßt sich auch leicht vermeiden, daß Brand mit dem Reden gegen das Publikum ist. So etwas muß immer möglich. Sätze des Regisseurs waren es ferner gewesen, den Böbörg nicht wie einen Freizeitspieler am Sonntag nachmittags auftreten zu lassen, sondern als das verdammte Genie, das er war. Späteren Aktes sich die Gewandtheit der Alvinga in der Alvinga herange; sie hatte gute Regie, selbst aber unklar in einer unangenehm leuchtenden

von Hans Fassig muß sich vor einem hohen Kathos hüten, wie es in das naturalistische Drama nicht hineinpassen will, auch Friedrich Schmitt hätte mehr den lebensfaktischen Weltmann, den Zyniker beizone sollen als den schickenden Intriganten. Die erfreulichen Leistungen böten Gilde Melis als heidliche, durch und durch gültige blonde Schöne, und Michon in der Rolle des lebensfremden Privatdozenten Lesman; auch mit Ida Wanz's Tante konnte man zufrieden sein. Gut vorbereitet war die Aufführung nicht, sonst hätte es nicht fünf- oder sechsmal vorkommen dürfen, daß die Darsteller sich gegenseitig ins Wort fielen.

#### Städtisches Orchester.

Die Konzertsaison hat begonnen. Das städtische Orchester eröffnete sie gestern mit einem Konzert in der „Nationaltheater“, von Dr. Kahl dirigiert. Die „Freischütz“-Ouvertüre war der Anfang, bei ihrer Unmöglichkeit — man kann sie fast bei allen Anlässen spielen — die zweite Nummer. Mit ihrer Wiedergabe kann das Orchester jedzeit Ehre einlegen. Die große Nummer des Programms war Beethoven's „Eroica“. Ueber das musikalischste Bewerks zu dieser Sinfonie ist schon des öfteren berichtet worden. Es sei nur noch einmal an eine erinnert, daß Beethoven, der Republikaner, das Werk unruhig sich Napoleons Bonaparte gewidmet hatte, daß er aber das Zielblatt geriss, als er hörte, daß dieser sich zum Kaiser gemacht habe. Der erste Satz der Sinfonie ist reich an Themen, und es ist ein Verdienst Dr. Kahls, daß er ihnen seine Plastik gibt, die auch der unwirkliche Saie verhehen kann. Im zweiten langsame Satz hat Beethoven einen Trauermarsch komponiert, herb und düster, doch im sentimental. Die dem getragenen Satz folgt ein freudig bewegtes Scherzo und im Finale bringt der Meister im wesentlichen Barationen über ein lebhaftes Thema, das von ihm auch anderswo verwendet wurde. Die Ausführung war trotz des sehr heidlenigen Tempos im Finale sehr fein und durchsichtig und rechtfertigte den Beifall des Publikums. Im zweiten Teile des Konzerts wurde die Ouvertüre und das Pasquale aus dem „Jahnhörer“ Wagner's gespielt. Ein anderer Meister, eine andre Musik. Wiedergabe wurde sie jetzt zur Zufriedenheit des Publikums, ebenso die Präludien Wagners deren Stelle ihren Charakter nicht verfehlen.

Weiterer Musik-Abend. Joseph Plant hatte am Mittwochabend die Verehrer seiner Kunst im Saale der Stadtmission verammelt, um ihnen einige Stunden goldenen Humors zu verschaffen. Das ist ihm denn auch vollständig gelungen. Den ersten Teil seines Programms hatte er zum großen Teile dem Ernst gewidmet. Wenn auch sein Vortrag ohne Zweifel gut war, so ist doch unzulänglich Plant's Hauptziel die heitere Musik. Hier ist er in jenem Element, hier ist er Meister. Vortrag und Musik sind unabweislich, das bewies der zweite Teil der Vortragsfolge der ausschließlich der heiteren Musik gewidmet war. Nicht endemollender Beifall zwang dem Künstler mehrere Zugaben bringen zu lassen.

von Kampforganisationen in Mitteldeutschland mit ausgebreitetem Kurierdienst ist dem Zeugen nichts bekannt. Auf die Frage des Berichterstatters, was nun auf die Lageberichte des Staatskommissars seitens des Ministeriums des Innern geschehen sei, erwidert der Zeuge, fast in jedem Monat hätten Besprechungen mit dem Oberpräsidenten stattgefunden, in denen mündliche Anweisungen erteilt worden seien. Neben der Orgel richteten sich die Maßnahmen der Regierung auch gegen alle organisierten Organisationen, nicht speziell in der Provinz Sachsen. Es hat sich im März gar nicht um eine rein lokale Bewegung in Mitteldeutschland gehandelt, sondern um eine zentrale Bewegung der Kommunisten. Material für eine Rechtsputzgefahr in der Provinz Sachsen lag vor. Der Oberpräsident hat gerade mit dieser Rechtsputzgefahr die Verhängung des Ausnahmezustandes begründet. Abg. v. Dr. Brander fragt weiter, ob bei den Märzunruhen 1920 die Waffen der Einwohnerwehr von den Gilitern durch die Aufständischen in großem Umfang weggeholt worden seien. Der Zeuge erwidert: Das war eine ganz allgemeine Erscheinung. Deshalb habe ich mich gegen die Einrichtung von Einwohnerwehren gewandt, allerdings nicht speziell in Sachsen. Auf weitere Fragen des Berichterstatters erwidert der Zeuge, seitens des Staatskommissars seien erhebliche Waffenfunde auf Seiten der Roten gemacht worden. Daß sich in der Hand der Kommunisten Listen über Waffenlager der Gegenpartei befänden, sei ihm nicht bekannt. Die Vernehmung des früheren Ministers Sebering wird abgebrochen. Es wird zunächst

#### Oberpräsident Göring

der nur heute zur Verfügung steht, vernommen. Man muß, so führte er aus, zum Verständnis der Vorgänge vom Kapp-Putsch ausgehen. Militär und Polizei nahen eine Haltung ein, die die Arbeiterschaft nicht verstand. Da beide sich nicht klipp und klar zur Verfügung bekamen, mißtraute man ihnen. Am 9. August habe ich die Spitzelzentrale in Magdeburg, die Fabrik für Sensationsnachrichten über die Rote Armee, aufgedeckt. Als der Belagerungszustand aufgehoben war, waren die Regierungspräsidenten die zuständigen Behörden. Dann kam das Entwaffnungsgebot; auch seine Durchführung fiel ihnen zu. In dem Industriegebiet war die Waffenabgabe schlecht. Der Waffenstillstand stand in Wästel. Inzwischen mehrten sich die Feldbäckereien. Die Landwirtschaft verlangte Schutzorganisationen, die ja nach dem Friedensvertrag verboten waren. Es wurden bewaffnete Feldhüter eingesetzt. Im Frühjahr d. J. brachen Bewegungen in den Leunawerken und bei einem Werk in Eisleben aus. Im ersten Werk wurde die Arbeitszeit von 56 Stunden über den Kopf der Gewerkschaften hinweg einfach auf 48 Stunden herabgesetzt. In Eisleben nahmen die Zustände erschreckliche Formen an. Schon damals wandte sich das Gewerkschaftsamt gegen den Frevel, der mit der Arbeiterschaft getrieben wurde. Ich habe Kommissare entsandt, und die Arbeiterschaft ging dann wieder in die Betriebe. Eines Tages erschien der Direktor vom Leunawerk bei mir und teilte mit, daß es so nicht weitergehen würde. Werte von Tausenden von Mark wurden weggeschleppt. Wälder, die eingeschritten wurden, wurden niedergebrennt. Ich bin dann nach Berlin gefahren und habe von dem Minister Sebering die Befugnis einer Polizeiaktion erhalten. Für diese wurde der 19. März bestimmt, da man wegen der Abstimmung in Oberschlesien keinen früheren Termin bestimmen konnte, um nicht Ängstlichkeiten zu schaffen. Als das Attentat auf die Siegesfeier geschah, zeigte sich, daß die Bombe in Selbstakt angefertigt war. Angehörige dieser Tatkunde wurden noch mehr Polizeikräfte, als anfänglich in Aussicht genommen waren, eingesetzt. Außerdem war die gesamte Polizei in Alarmbereitschaft. Die Arbeiterschaft war 4 Tage vorher, bevor am 19. die Polizei in die einzelnen Orte einzog, durch einen Aufruf aufgeklärt. Der Erfolg war, daß nach meiner Ansicht nicht einmal 30 Prozent der in der kommunistischen Partei vereinigten Arbeiter an den Aufständen beteiligt waren. Erst jetzt habe ich erfahren, daß am 17. der allgemeine Aufstand beschlossen worden war.

Das Militär habe ich nicht eingesetzt. Wir wollten Verbrecher unschuldig machen und nicht Krieg führen. Hätte man Militär eingesetzt, so hätte es meines Erachtens ein Blutvergießen ohne Gleichen gegeben; der Aufstand hätte sich auf das ganze Reich verpflanzt. Eine Rote Armee gab es nach meiner Kenntnis dort weder 1920 während des Kapp-Putches, noch während dieses Aufstandes. Das Vorgehen war nötig, um die Staatsautorität wiederherzustellen und gegen Verbrechen einzuschreiten. Grausamkeiten sind auf beiden Seiten vorgekommen. Die 1000 Mann Polizeitruppen, die ich zuerst angefordert hatte, sind auf meine Veranlassung durch ihre Führer vor Grausamkeiten eindringlich gewarnt worden. Von dieser Seite ist auch nichts vorgekommen. Dagegen ist es möglich, daß von Polizeimannschaften, die aus andern Provinzen kamen, Heberzettel erfolgt sind. Seitens der Aufständischen sind zahlreiche Grausamkeiten und Heberzettel vorgekommen.

Auf Befragen des Vorsitzenden, Abg. Kuttner (Soz.) teilt der Zeuge ergänzend mit: Die Zahl der Aufständischen ist in der Provinz Sachsen außerordentlich groß. Besonders sind viele Russen während des Aufstandes in der Provinz Sachsen festgesetzt worden, deren Zahl mit 2000 bis 3000 wohl nicht zu hoch angegeben wird. Sider haben die Leute einen sehr unheilvollen Einfluß auf die Arbeiterschaft ausgeübt, dagegen sind sie sicher nicht an den Kämpfen selbst beteiligt gewesen.

Zur Frage des Einflusses der kommunistischen Parteien erklärt Oberpräsident Göring, er sei erst seit dem Kampf um das Leunawerk von einer zentralen Aufstandspartei überzeugt gewesen. Man habe damals z. B. auch den Redakteur Nowitzki und einen Herrn Kent von der Zeitung der R. P. D. in Halle bei den Kämpfen gesehen. Positive Aufforderungen zum Aufstand habe die kommunistische Presse erst während der Unruhen gebracht.

Die Vernehmung des Oberpräsidenten Göring wurde sodann auf die Angelegenheit in der Behördeorganisation erwidert. Er gab an, daß die Einrichtung der Reichsfelle beim Oberpräsidium auf Verfügung des Staatskommissars für die öffentliche Ordnung geschehen sei. Die Zivilkommissare bei der Schutzpolizei seien nach dem Kapp-Putsch eingerichtet worden. Sie hätten sich bemüht durch ihre vermittelnde Tätigkeit zwischen der Zivilbevölkerung und der Polizei. Verabschiedungen von Offizieren seien auf keinen Fall infolge von Entlassungen des Zivilkommissars Kungemann erfolgt. Oberpräsident Göring befreitete auch, bei der Auswahl der Amtsvorsteher und Disziplinärbehörden unvorsichtig gewesen zu sein. Er habe z. B. 108 Regionen trotz ihrer Wahl durch den Kreisrat nicht befreit. Die Mitgliedschaft bei der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei habe er allerdings nicht für einen Hinderungsgrund ge-

halten. Nach der Spaltung auf dem Parteitag in Halle sind aber Kommunisten nicht mehr als Mitglieder der Schutzpolizei befreit worden. Nach dem Putsch hat sich ein Teil der Amtsvorsteher sehr übel benommen. Gegen sie ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Es kamen darauf die Fälle der Landräte Naute und Casparel zur Sprache. Zeuge Oberpräsident Göring gibt die Möglichkeit an, daß er im Kampf in einem Brief die Ernennung Nautes vom Minister erbeten haben könnte. Die Vorwürfe gegen Naute und Casparel hätten sich jedoch alle als unbegründet erwiesen. Zum Fall Casparel gibt der Zeuge an, er habe bei der Staatsanwaltschaft in Halle eine Reihe von Strafanträgen gegen die Beleidiger Casparels gestellt. Die Staatsanwaltschaft habe aber nur die Beschuldiger Casparels vernommen und ihn den Oberpräsidenten, ersucht, die Anträge zurückzuziehen. Das habe er nicht getan, sondern die Durchführung verlangt. Die Ablehnung polizeilicher Eingreifens in Sangerhausen sei nicht auf die Bemühungen Casparels zurückzuführen gewesen, sondern darauf, daß dem Oberpräsidium gar keine Polizeitruppen zur Verfügung gestanden hätten. Casparel habe seine Vorgesetzten während des Putsches stets auf dem laufenden gehalten, bis durch das unerwartete Eingreifen der Giliten Wunden das Unglück geschah. Am Tage, als der Aufruhr ausbrach, habe er allerdings dem Führer der unzufriedenen Menge, dem kommunistischen Stadtrat Franzke, die Sorge für die öffentliche Sicherheit überlassen, er habe das aber nur getan, weil in zwei Stunden die Ankunft eines Zuges mit Polizeitruppen in Aussicht stand, die dann die Ruhe zweifellos wiederhergestellt hätten. Leider habe sich die Ankunft des Zuges verzögert. Daran könne man aber Casparel kaum einen Vorwurf machen. Oberpräsident Göring stellt dem Landrat Casparel das Zeugnis aus, daß er ein überaus fleißiger und tüchtiger Beamter gewesen sei.

Oberpräsident Göring befreitete des weitern, daß er Landgemeinden schuldhaft ohne den nötigen polizeilichen Schutz gelassen habe. Die Zahl der Gendarmen sei unzulänglich gewesen, ihre Vermehrung sei aber nicht möglich gewesen. Es wird darauf die Polizeiaktion besprochen. Auf den Vorwurf, daß er seine Maßnahmen nicht in Uebereinstimmung mit den Offizieren getroffen habe, erwiderte der Zeuge, namentlich die früheren Generalstabsoffiziere, die jetzt bei der Polizei sind, seien der Meinung, man müsse die Polizei an einzelnen Punkten konzentrieren, um sie für eine Aktion in der Hand zu haben. Er halte diese Taktik für falsch, denn man begünstige dadurch an den nichtgeschützten Orten die Bildung von Aufrührern. Dieser taktische Irrtum der Generalstabsoffiziere sei z. B. in Eisleben verhängnisvoll geworden.

Es wird dem Oberpräsidenten weiter zum Vorwurf gemacht, daß die Aktion auf Eisleben mit ungenügenden Kräften unternommen worden sei. Der Zeuge erklärt, 1500 Mann habe er nicht nach Eisleben schicken können, denn das tue man nur, wenn man Krieg führen wolle. Hier sei nur ein polizeilicher Zweck zu erfüllen gewesen, für den 500 Mann genügten.

Den letzten Punkt der Vernehmung bildeten Heberzettel und Grausamkeiten der Polizei. Oberpräsident Göring bemerkt dazu, daß der Reichstagsabgeordnete Krüger, der sich mit Polizeioffizieren zum Leuna-Werk begeben hatte, dort keine Grausamkeiten habe feststellen können, wie sie von der Rote Fahne behauptet wurden. Heber angebliche weitere Grausamkeiten in Gröbers habe auf seine Veranlassung Major Schulz, ein erfahrener Kriminalist, tagelange protokollierende Vernehmungen und Untersuchungen angeleitet. Die widersprüchlichen Zeugenaussagen hätten keine positive Schuld erwiesen. Daß Sozialarbeiter in Leunawerk, die sich am Kampfe nicht beteiligt haben, grausamerweise in einem Silo untergebracht worden sind, dürfte richtig sein. Als die Polizei eingedrungen war, wollte natürlich jeder nur als Notstandsarbeiter dabei gewesen sein, nicht aber als Kämpfer. Die Polizei hätte das nicht sofort feststellen können.

Damit ist die Vernehmung des Oberpräsidenten Göring beendet.

Am Donnerstag werden als weitere Generalzungen Regierungspräsident von Gersdorff und Regierungsrat Kihorn vernommen werden. Außerdem soll auch die Vernehmung des Ministers a. D. Sebering zu Ende geführt werden.

### Republik und Varieté.

In einer Zuschrift an die „Berliner Volkszeitung“ werden sehr interessante Mitteilungen über die monarchistische Propaganda in den Kabarets und Varietés gemacht. Wohl überall in kleinen und großen Städten hat man es beobachtet müssen, daß bestimmte „Humoristen“ ihr Gewerbe zu politischen Heberzettel gegen die Republik und ihre hervorragenden Vertreter benutzen. In der Zuschrift wird nun darauf aufmerksam gemacht, daß diese Art der monarchistischen Propaganda aus einem bestimmten Fonds bezahlt wird.

Es sind uns in der letzten Zeit aus der Provinz Sachsen zahlreiche Klagen über das Auftreten von Humoristen zugegangen, die ihren „Witz“ am Reichspräsidenten Goert, Scheidemann, Wirth und Rathenau probieren. Wir fordern unsere Genossen auf, diese Art Propaganda für Wilhelm, Ludendorff und so weiter nicht mehr ruhig zu dulden, sondern rücksichtslos von ihrem Rechte Gebrauch zu machen, ihr Mißfallen auszudrücken.

Wir bitten ferner, uns über alle derartigen Vorkommnisse — gleichgültig, um welche Art von Lokalen und Veranstaltungen es sich handelt — genaue Mitteilungen zu machen; insbesondere bitten wir um die Angabe des Namens des Varietetés, den Ort seines Auftretens und des Datums. Es werden Mittel gefunden werden, um auch dieser Art von nationalistischer Propaganda entgegenzuwirken.

### Für die Sozialisierung.

Am 30. September 1921 wird in Judiarapolis der internationalis Verband der vereinigten Bergarbeiter Amerikas einen Kongreß abhalten. Die Bergarbeiter bilden eine der größten und mächtigsten amerikanischen Gewerkschaften. Die Mitgliederzahl beträgt circa 450 000. Ihr Präsident John L. Lewis war der Gegenkandidat von Comper's auf dem letzten amerikanischen Gewerkschaftskongreß in Denver. Die Bergarbeiter werden sich auf dieser Lagung damit beschäftigen, wie der Widerstand der Unternehmer gegenüber der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnsatzes überwunden werden kann. Vor allem aber wird Gegenstand der Beratung sein, wie die Nationalisierung der Bergwerke, die im Programm der Bergarbeiter gefordert wird, durchzuführen ist.

Auf der Konferenz der englischen Bergarbeiter in Stanbudo am 18. August 1921 wurde eine Entschleunigung angenommen; in der eine Arbeitswoche von 5 Tagen, fünfstündige Arbeitszeit und 14 Tage Ferien jährlich bei voller Bezahlung gefordert wurde. Ebenso verlangte man die Abschaffung der Arbeit im Stillstand. Die alte Forderung nach Nationalisierung der Bergwerke wurde einstimmig bekräftigt. Der Abgeordnete Gahan Duffy schlug vor, den irreführenden Ausdruck Nationalisierung kurzweg durch „Sozialisierung“ zu ersetzen. Sozialisierung von Land, Eisenbahnen und Bergwerken sei das Ziel der Gewerkschaften. „Es nützt nichts, einfach die Produktionsmittel zu nationalisieren und die Kontrolle über die Produktion in den Händen der englischen Kapitalisten zu lassen.“ Wenn nur das das Ziel der Gewerkschaften sei, würden weder die Arbeiter noch die Gesellschaft besser daran sein, nachdem sie es erreicht hätten.“ Diese Ausführungen zeigen, wie innerhalb der Bergarbeiterkreise die tiefgehenden Unterschiede zwischen den Zielen der Arbeiter und den bürgerlichen Boden- und Sozialreformern scharfer erfaßt werden. Bekanntlich hat auch Frank Hodges auf dem Kongreß der Arbeiterpartei die Sozialisierung gefordert.

### Notizen.

**100 000 Millionen neue Steuern.** Der ungeheure Fehlbetrag im Reichshaushalt von 50 Milliarden Mark und die Reparationsleistungen in minderbekannt gleicher Höhe zwingen Deutschland zur Einführung neuer Steuern, die wohl doppelt so hoch sein werden wie alle bisher bestehenden Abgaben zusammengekommen. An der Einführung dieser Steuern hängt die Erfüllung des Ultimats, die Verhinderung neuer feindlichen Einmischungen, die Möglichkeit friedlicher Entwicklung in Europa. Die Verteilung dieser Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung wird von ausschlaggebender Bedeutung sein für Deutschlands soziale Struktur. Die entscheidende Frage sowohl für die Erfüllung der deutschen Zahlungsansprüche wie für die innerpolitische Situation ist die Erziehung der Goldwerte, derjenigen deutschen Vermögenssteile, die durch die Entwertung des deutschen Geldes an Wert nicht verloren haben; die Besteuerung derjenigen Personen, die inmitten von Deutschlands allgemeiner Verarmung nicht arm, sondern reich geworden sind. Sie Protestieren — die Besitzer von Goldwerten! — so lautet der Schlußruf, so stehen sich die Heere gegenüber. Für diese Kämpfe braucht die sozialdemokratische Partei des Mittelstands, das die bei der Durchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, unter dem Titel: „100 000 Millionen neue Steuern. Wer soll sie zahlen? Proletarier oder Besitzer von Goldwerten?“ von Ernst Heilmann erscheinende Broschüre bildet.

**Die Erhöhung der Eisenbahntarife.** Als vor einigen Wochen der Reichskanzler und die Minister der Reichsbetriebsverwaltung mit den Führern der Angestellten- und Arbeitervereinigungen über Teuerungszuschläge berieten, wurde eine Erhöhung der Eisenbahn- und Postgebühren zur Deckung der neuen Personalverwendungen angekündigt, während die Reichspostverwaltung ziemlich rasch mit ihren schärf durchgreifenden Erhöhungsanschlägen fertig geworden ist. Schwanke die Erhöhungsquote der Eisenbahntarife in den letzten Wochen, soweit sie gerichtlich bekannt wurde, zwischen 25 und 50 v. H. Eine Berliner Telegraphenagentur will aus dem Reichsverkehrsministerium erfahren haben, daß man sich nun im Reichskabinett auf einen einheitlichen Zuschlag von 30 v. H. auf Güter- und Personentarife geeinigt habe. Dieser Zuschlag soll nach Ende dieses Monats der ständigen Tarifkommission und dem Sachverständigenausschuß des Reichsverkehrsministeriums unterbreitet werden, damit die neuen Tarife möglichst schon am 1. November zur Einführung gelangen können.

**Ein neues Zeitungsverbot.** Das Königsberger Organ des deutschpöhlischen Saug- und Trugbundes, „Deutsche Arbeit“, ist auf die Dauer von 14 Tagen verboten worden.

**Kommunistenverhaftungen in Braunschweig.** In Verbindung mit den kürzlichen dynamischen Aktionen auf verschiedene Gebäude in Braunschweig sind dieser Tage auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft mehrere Kommunisten verhaftet worden, die in dem dringenden Verdacht stehen, an den Dynamitaktionen beteiligt gewesen zu sein. Unter ihnen befindet sich die Kommunistin Frau Fakhauer, frühere braunschweigische Kultusministerin. Die Verhafteten sind auch verdächtig, an dem nächsten Heberfall auf den Harzort Braunlage und auf das Postamt in Borwohle im November v. J. sowie an dem Raubüberfall auf einen Geldtransport im Dezember 1920 beteiligt gewesen zu sein.

**Ende des obereschlesischen Belagerungszustandes.** Der Belagerungszustand ist am 7. September für ganz Oberschlesien aufgehoben worden.

**Ein neues Plebiszit in Oberschlesien?** In Londoner Kreisen, die stets ausgezeichnet unterrichtet sind, wird mit Bestimmtheit behauptet, daß man sich in London und Paris ernstlich damit beschäftigt, der Völkerbundskommission eine neue Abstimmung in Oberschlesien vorzuschlagen. Der Plan werde bereits nach allen Richtungen hin ernstlich erwogen.

**Der Einigung entgegen.** In einer gemeinschaftlichen Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Partei in Luchaven beschloßen die Unabhängigen gegen 5 Stimmen den Hebertritt zur alten Partei.

**Reichskonferenz der Bergarbeiter.** Zweck Stellungnahme zu den in den Berliner Verhandlungen vom Jechenverbande zugewandenen Lohnverhandlungen sowie zur Lohnfrage überhaupt beruht der alte Bergarbeiterverband auf den nächsten Sonntag nach Hannover eine Reichskonferenz ein, an der sich außer dem alten Bergarbeiterverband auch die übrigen am Bergbau interessierten freien Gewerkschaften, Fabrikarbeiter usw. beteiligen werden. In den Verhandlungen vom 8. September zwischen dem Jechenverband und Vertretern der Angestellten-Verbände zu Essen wurde eine Erhöhung der Gehälter um 16 v. H. eine Erhöhung des Kindergeldes um 50 v. H. und außerdem eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses ab 1. September 1921 genehmigt.

**Arbeitslosenmärkten in England.** Telegramme aus verschiedenen englischen Städten melden, daß sich die Arbeitslosen in Jügen zu den städtischen Behörden begeben haben, um von ihnen Hilfe zu erhalten. Es sind einige Zusammentöße mit der Polizei gemeldet worden. Heute hat eine Menge von 5000 Arbeitslosen den Verkehr in den Hauptstraßen von Liverpool unterbrochen. Gleichartige Zusammenstöße haben sich auch in Bristol zugetragen, wo die Polizei mit Feuerwaffen eingreifen mußte.

(Glück des redaktionellen Teils.)

*Marxismus-Corps*

19 Die Wahl eines Eisenpulvers. Wer Rucomsch einmal versucht hat, wird es nicht verwenden, denn es reinigt schnell und gründlich und greift dabei weder die Wände noch die Hände an. 2539

## Wer Stoffe jetzt kauft, kauft noch sehr billig!

Decken Sie Ihren Bedarf an Stoffen für Anzüge, Mäntel, Kostüme, Kindersachen so bald als möglich. Jeder Monat bringt neue Erhöhungen. Ich lege keinen Wert auf Konjunkturgewinne zum Winter, sondern auf zufriedene Kundschaft. Um jedem die Möglichkeit zu günstigem Einkauf zu geben, lege ich Ihnen gekaufte Stoffe gegen Anzahlung bis zu 4 Wochen zu jetzigen billigen Preise zurück.

Alle meine Stoffe sind garantiert reine Wolle. Durch meine enge Verwandtschaft mit großen Tuchfabrikanten kann ich konkurrenzlos günstige Angebote bringen.

**FRED PELZ G. M. B. H. Schopenstraße 1a (3. Hans vom Breiten Weg). — Verkauf 8 bis 6 Uhr durchgehend.**



## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 8. September 1921.

### Zum wirtschaftlichen Kampfe.

Die zgliedrige Zentralstreikleitung hat am Mittwoch abend erstmalig getagt. Der Finanzausschuß, der als Kopf der Leitung gilt, ist nach den Vorschlägen der Gewerkschaftsverbände anerkannt worden. Zu seinem Vorsitzenden ist der Kollege Bok (Metallarbeiterverband, Große Mühlstraße 8) gewählt. Mit der Geschäftsführung ist der Gewerkschaftssekretär Steink (Arbeitersekretariat, Große Mühlstraße 8) betraut worden. Diese beiden Stellen sind nur allein befugt, irgendwelche Anträge oder mit dem Streik in Zusammenhang stehende Angelegenheiten entgegenzunehmen. Dies gilt auch besonders bei gewünschten Einigungsverhandlungen einzelner Betriebe. Kein Betriebsrat darf mit seiner Firma Sonderabmachungen in bezug auf Lohnbewilligungen und Arbeitsaufnahmen treffen. Zu Verhandlungen auch dieser Art ist allein die Zentralstreikleitung durch Vermittlung einer der beiden Stellen berechtigt. Inzwischen sind bereits zahlreiche

### Anträge von Firmen auf Gestattung von Wiederaufnahme der Arbeit

eingelaufen mit 2 bis 250 Mark Stundenzulage. Die Streikleitung wird voraussichtlich im Laufe des Donnerstag noch eingehend zu dieser Frage Stellung nehmen und das Ergebnis in der nächsten Nummer der Zeitung und in den Streiklokalen bekanntgeben können.

Die Streikposten werden nochmals um sorgfältige Kontrolle von Schwerkriegsbeschädigten ersucht. Das Vorzeigen des Rentenbuchs oder -bescheids, aus dem die mindestens 50prozentige Beschädigung hervorgeht, muß, ist unerlässlich.

### Zur Frage der

#### Verrichtung von Notstandsarbeiten

wurde einem Antrag mit großer Mehrheit zugestimmt, der besagt, daß Notstandsarbeiten, die als solche von der zuständigen Organisation angesehen werden, unter allen Umständen auszuführen sind. Vor allem ist dabei an die Sicherstellung der Betriebe gedacht, wozu Portiers, Feuerwehrlente, Nachtwächter usw. notwendig sind. In besonders zweifelhaften Fällen hat die Zentralstreikleitung zu entscheiden. Die Gründe, die zu dem Entschluß führten, waren derart schwerwiegender Natur, daß eine Ablehnung zweifellos der Bewegung zu großem Schaden gereichen würde.

### Zu der Zeit täglich von 9 bis 11 Uhr vormittags findet die

#### Kontrolle der Streikenden

in den angegebenen Lokalen statt. Jeder einzelne wolle die Zeit einhalten. Es wird nach Möglichkeit dafür gesorgt werden, daß jedesmal wichtige Veränderungen in der Bewegung daselbst in der angegebenen Zeit bekanntgegeben werden. Darum kann und muß die Straße gemieden werden, um unnötige Verkehrsstörungen und Aufläufe zu vermeiden.

Der Konsumverein fällt nicht unter die bestreikten Betriebe. Dortselbst ist die Lohnregulierung bereits ab 15. August vollzogen. Es wird im Interesse auch vor allem der Streikenden dringend ersucht, Beschäftigten der dort Beschäftigten zu unterlassen. — Die Kraftverkehrs-gesellschaft Sachsen-Anhalt, G. m. b. H., hat noch Tarifvertrag und muß dort weitergearbeitet werden. — Die Betriebsräte oder Vertrauensleute derjenigen Betriebe, in denen Zweifel über Zugehörigkeit zur Streikbewegung bestehen, haben sofort Aufklärung bei ihrer zuständigen Organisation einzuholen.

Die Glaser berichten ihr Abstimmungsresultat dahin, daß 21 für und 2 Stimmen gegen den Schiedspruch abgegeben worden sind.

Gewerkschaftsgenossen! Bleibt weiter ruhig und besonnen und beachtet genauestens die Weisungen eurer Vorstände und

der Zentralstreikleitung, die die jeweilige Lage durch die Zeitungen zu eurer Kenntnis bringen wird. —

### In die freigewerkschaftlichen Anstalten Magdeburgs.

Kolleginnen u. Kollegen! In der Verhandlung der Arbeitgeber und Angestelltenorganisationen ist von seiten der Arbeitgeber eine Gehaltsregulierung für August und September abgelehnt, dagegen eine Erhöhung der Tarifgehälter für Oktober, November und Dezember um 33 1/2 Prozent angenommen worden. In einer von zirka 2000 Angestellten besuchten Versammlung des Afa-Bundes am Mittwoch abend im „Hohengolternpark“ konnte ein einwandfreies Abstimmungsresultat nicht erzielt werden. Wir fordern die Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten, des Bundes der technischen Angestellten und Beamten und des Deutschen Werkmeisterverbandes auf, sofort in den Betrieben zur Abstimmung zu schreiten. Das Ergebnis muß den Organisationsleitungen bis spätestens Freitag 12 Uhr telefonisch oder schriftlich übermittelt werden.

### Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortsstelle Magdeburg. Große Mühlstraße 7, 1 Treppe.

### Die Tabakarbeiter zur Lohnbewegung.

In der am 7. September tagenden, gut besuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung wurde nochmals zur Lohnfrage Stellung genommen. Kollege Lidze gab ein anschauliches Bild über die Verhandlungen und die dadurch geschaffene Lage. Im Interesse der übrigen Kollegen im Reich sollen die Verhandlungen über die vom Zentralvorstand geforderte Teuerungszulage, die am 14. September in Stuttgart stattfinden, abgezwängt werden. Sollte nicht das herauskommen, was unbedingt zum Leben erforderlich ist, so werden die Kollegen mit allen Mitteln, die zu Gebote stehen, in den Kampf einzutreten.

Durch die Einnicht einiger Fabrikanten ist es in verschiedenen Fabriken zu einem Provisorium gekommen. Die Kautab-fabrik Bender u. Co bewilligte den männlichen Arbeitern 25 Prozent und den weiblichen Arbeitern 50 Prozent. Bei den weiblichen Arbeitern ist hierdurch nun ein Ausgleich geschaffen. Bei der Firma Theodor Müller erhielten die Rauchtabakarbeiter eine 25prozentige provisorische Zulage. Ebenso ist bei der Zigarrenfabrik Gerich Gerode u. Co. eine 25prozentige Zulage abgeschlossen bis zum Inkrafttreten der zentralen Abmachungen. Es steht zu hoffen, daß am 14. September bei den zentralen Verhandlungen etwas recht Erfriechliches herauskommt. —

### Streik in den Riffenfabriken.

Vom Holzarbeiterverband wird uns geschrieben: Die Holzarbeiter in den Riffenfabriken Schneidemühlen usw. nahmen in einer Versammlung am Mittwoch Stellung zum Schiedspruch und zu der jetzigen Situation. Gorgas machte darauf aufmerksam, daß für die Schneidemühlen noch bis 1. Oktober Vertrag besteht. Die Arbeitseinstellung hätte hier vermieden werden können, wenn bei den Arbeitgebern oder vielmehr bei dem Arbeitgeberverband Magdeburg der Wille dazu vorhanden gewesen wäre. Von der Verbandsleitung ist der Arbeitgeberverband und auch die Firma C. W. Neumann auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht worden. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Arbeitgeber bis 4 1/2 Uhr der Versammlung eine bestimmte Erklärung abgeben, in welcher Weise sie bereit wären, der Arbeiterschaft entgegenzukommen. Die Herren stießen es nicht der Mühe für wert, zu antworten! Daß unter solchen Umständen keine Möglichkeit bestand, den Zustand abzuwehren, sollte auch die Magdeburgerische Zeitung einsehen und nicht nur die Schuld immer auf die Arbeiterschaft schieben, wie es wieder in der 2. Morgenausgabe so wunderbar gemacht wird. In diesem Falle fällt die ganze Verantwortung auf den Arbeitgeberverband Magdeburg. Allerdings ist ja dessen Stellung wiederum verständlich, wenn sich dort Herren zu der Erklärung hinreihen lassen: „Na, wenn schon alles streikt, kommt es auf die wenigen Betriebe der Holzindustrie auch nicht mehr an.“ Dieser Anspruch kennzeichnet die Stimmung im Arbeitgeberverband am besten. Sämtliche streikenden Holzarbeiter haben ihr Misdelokal im Wilhelmspark und die Riffenfabrik Schröder in der Tischlerfruchtstraße bei Holz von 9 bis 12 Uhr vormittags.

### Graphische Verbände.

Am Dienstag hatte das Graphische Kartell die Mitglieder der angeschlossenen Verbände nach dem „Wilhelmspark“ zusammengerufen, um über Lohnforderungen zu beraten. Der Vorsitzende Steinauer gab folgenden Bericht: Die letzte Betriebsrats-Sitzung der graphischen Verbände kam auf die Lohnfrage zu sprechen und glaubte den vom Sachverständigenamt am 30. August festgelegten Spruch auch für die graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen in Anwendung bringen zu können. Aus diesem Grunde wurde der Vorstand des Graphischen Kartells beauftragt, dahingehende Anträge bei den in Frage kommenden Arbeitgeberverbänden zu stellen. Inzwischen hatte der Tarifauschuß für Buchdrucker und Buchdrucker-Hilfsarbeiter die Wirtschaftshilfe für September in Höhe von 110,00 Mark verdoppelt. Auch stellte sich heraus, daß der Spruch des Schlichtungsausschusses nur für die Verufe Geltung haben sollte, die örtliche Tarife abgeschlossen hatten, während sämtliche arabischen Verbände zentrale Lohnabkommen getroffen haben. Die Antworten der Arbeitgeber gingen auch in letzterem Sinne ein. In der Aussprache erklärte zunächst ein Vertreter der Buchdrucker, daß ja ihre Wirtschaftshilfe für September verdoppelt sei und bereits am 19. September weitere Verhandlungen des Tarifauschusses stattfinden, weshalb eine nochmalige sofortige Lohnforderung nicht empfohlen werden könne. Dadurch schwächen wir bis zum 19. September nur unsere Position. Auch seien ja die Buchdrucker-Hilfsarbeiter bei der verdoppelten Wirtschaftshilfe unbegriffen.

Ein Vertreter der Buchbinder gab bekannt, daß für seine sämtlichen Mitglieder entweder bereits neue Lohnabkommen loeben abgeschlossen seien oder durch die Beratungen des Tarifauschusses der Buchdrucker in nahe Aussicht ständen. Für sie sei deshalb ein außerordentliches Vorgehen nicht geboten. Für die Steindrucker wurde von einem Vertreter mitteilt, daß sie augenblicklich in Verhandlungen stehen um neue zentrale Abmachungen zu treffen, weshalb auch sie eine abwartende Stellung einnehmen müßten. Die Diskussion nahm deshalb mit Recht einen ziemlich recht lebhaften Charakter an, weil die Buchdrucker-Hilfsarbeiter an den Tarifabmachungen nur immer proportional Anteil nehmen, während die Steindrucker-Hilfsarbeiter überhaupt im Lohn noch recht weit zurückbleiben. So daß hier von einem Grenzminimum überhaupt nicht gesprochen werden kann. Ein Antrag, binnen 48 Stunden Aufnahme von Lohnverhandlungen zu verlangen, wurde nach gründlicher Durchberatung zurückgezogen. Folgende Resolution fand mit großer Mehrheit Annahme:

Die heute stattfindende Versammlung der Angehörigen der arabischen Betriebe Magdeburgs findet es von den Arbeitgebern des arabischen Gewerbes unbeständlich bei der heutigen Notlage kein Entgegenkommen zu finden. In Rücksicht auf die am 19. September stattfindenden zentralen Verhandlungen im Buchdruckgewerbe, die weiter eben zum Abschluß gelangten zentralen Tarifabmachungen der Buchbinder und Papierverarbeiter, sowie die im Fluß befindlichen zentralen Verhandlungen der Lithographen und Steindrucker, steht die Versammlung zurzeit davon ab, in eine örtliche Lohnbewegung einzutreten. Sie fordert aber, daß sofort nach Zusammentritt des Tarifauschusses für die Buchdrucker und Buchdrucker-Hilfsarbeiter für die zweite Hälfte des September nochmals eine Wirtschaftshilfe und zwar die dritte, in Höhe von 110 Mark beschlossen wird. Die Arbeitgeber sind zu ersuchen, die zweite Wirtschaftshilfe bereits bis 16. September zur Auszahlung gelangen zu lassen. Die Vertreter der Arbeiterschaft müssen im Tarifauschuß der Buchdrucker und Hilfsarbeiter dahin wirken, daß den Hilfsarbeitern die vollen Teuerungszulagen wie den Gehilfen zu gewähren sind. Eine prozentuale Staffelung ist zu vermeiden. Es sollen dadurch die Nachteile verschwinden, die den Hilfsarbeitern bei jeder Wirtschaftshilfe zugefügt wurden. Das Graphische Kartell wird beantragt, Mittel und Wege zu suchen, daß auch den Steindrucker-Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Aufbesserung zuteil wird. Als eine Notwendigkeit muß gefordert werden, daß gemeinsame Tarife für das gesamte graphische Gewerbe so bald als möglich geschaffen werden. —

### Beamte der Republik.

Mit der Wahl des demokratischen Landeshauptmanns Dejer glaube man, daß sich dieser auch nach links auch nach unten bemerkbar macht. Vieles ist aber durchaus nicht der Fall; denn wie mancher unter Verwaltungskreisen der Republik mit bemerkenswerter Unbereitschaft ihre reaktionäre Meinung zur Schau tragen, beweist das Gebaren der Oberin der Landesfrauenklinik Magdeburg.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

**Carlomag** Schwibbogen 1, Kronprinzenstr., Hasselbachplatz, Lübecker Straße 25a und 28 reinigt und färbt schnell, billig und gut.

## Jesus von Holthausen.

Roman von Wilhelm Lennemann.

(88. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten

Er hatte Arbeit und Brot und Weib und Kind. Und das Mädchen wuchs und ward groß. Was wollte er mehr! Ja doch, da war noch ein tiefer sehnlicher Wunsch in ihm; aber er schied sich schon an, ihn zu begraben.

Er wurde still und zufrieden. Sein lautes Begehren rüttelte ihn, kein wildes Wünschen lobte mehr in ihm. Er hatte sich abgefunden mit seinem Geschick.

Und je älter er wurde, desto mehr breitete sich eine heitere, abgemessene Klarheit und Ruhe über ihn, als sei da ein Wissen in ihm, das alles verstand und alles verzicht.

Sein Weg führte ihn nun oft zu den Kalkstein- und zu den Ziegelarbeitern. Er wurde in ihrer Welt heimisch; er sah ihr hartes Los und berstand ihr Verlangen nach einer würdigen Bestattung ihres Lebens.

Er sprach oft mit ihnen über ihr soziales Wünschen und Streben, über ihr heißes Begehren, aus den dunkeln Tiefen, da sie sich mühten, heraufzusteigen zu Licht und Sonne. Und es waren klugen Köpfe unter ihnen, die schon jahrelang in den vordern Linien der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe standen, da schaute sich schon der Weg zu ihnen heraus. Und er widerstand ihnen des öfters mehr, denn für seine Ueberzeugung nötig gewesen wäre, nur weil er seine Lust hatte an ihrer prächtigen, volkreischlich-berben und plastischen Beweissführung.

Er empfand Hochachtung vor diesen Arbeitern, die sich auch durch den höchsten Stauf des Alltags durch alles Glend und allen Druck ihres Lebens den Glauben an ein besseres, goldenes Zeitalter nicht nehmen ließen, die da der Gewißheit lebten, daß die Menschwürde dereinst auch in ihnen und den Ärmsten ihrer Brüder anerkannt würde.

Dieser Glaube glühte wie eine heimliche, heilige Flamme in ihnen, und er verachtete ihnen ihr armes Dasein und gab ihnen Kraft, den rauhen Tag zu bestehen.

Ihre Arbeit war ein Kampf wider die dämonischen, dunkeln Mächte des Lebens, daß ihnen ein wenig Abendruhe, ihren Ein-

bern eine sonnigere Zukunft, der Menschheit die Befreiung von allem Nebel werde.

Und viele der Arbeiter fanden sich zu ihm in Leid und Not, daß sein helfender Rat ihnen heilste. Mancher schüttelte ihm vertrauensvoll das Herz aus, daß er es mit neuer Kraft und neuem Mut fülle. Und wohl keiner war, der nicht getrostet von ihm ging. Er fand das rechte Wort und auch den Weg zu einer helfenden Tat.

Wer die Fährte benutzte, wechselte gern ein Wortlein mit dem Lehrer a. D., auch die Bauern. Auch sie trugen immer etwas davon heim. Seine gleichbleibende Ruhe und Besonnenheit flößte ihnen Achtung ein. Das Unglück hatte ihn nicht erschlagen, nicht einmal Heim gemacht.

Und nun sahen sie, wie die Arbeiter an ihm hingen, wußten auch sehr wohl, daß manche von ihnen auf dem Bankrott vor der Tür schon ihr Sprüchlein empfingen hatten.

Da ist nun nichts zu machen! sagten sie endlich, er ist halt todt der Jesus!

Und rührte einer vorsichtig an die alten Geschichten, so winkte der andre wohl mit der Hand ab. Laß ruhen! sollte das heißen, auch ein Heiliger tut mal 'ne Sünd'.

Ja, der Jesus, der Arzt, der Helfer, der Anwalt aller war er wieder geworden, die da mühselig und beladen waren, denen das Leben weh zugeht und deren Herzenshangnis aus den Nöten seinen Ausweg mehr wußte. Ihnen allen sollte seine Güte und seine Weisheit den rechten Weg zeigen.

Die Burichen, die mit ihm jung gewesen, waren nun zum meist Bauern geworden. Aber da war doch einer, der die Würde aufhielt, wenn er den Jesus sah. Nur der Westhörer konnte seinen Groll nicht vergeßen. Blautreuzler war er zwar nicht mehr; aber eine Art feindlichen Abstand meinte er trotzdem immer noch haben zu müssen.

Und doch war es einigen Bauern nicht recht, daß der Schröder bei einer Wahl kirchlicher Gemeindevertreter mit einem Mal auf der Kandidatenliste stand. Dann aber erfuhr man, daß der alte Ertelenz ihn vorgeschlagen und die Kandidatur durchgesetzt habe.

„Er ist ein kluger Mann, ein wahrhafter Christ, laut er sich sein Christentum anders denn wir, so tut's nichts. Ist auch nicht gut, daß allenthalben Uniform ist.“

„Ist ja alles ganz schön“, meinten andre dagegen, „und er

ist nun ein braver Mann geworden, der was weiß; aber es läßt sich doch nicht alles ausweichen; und drum dürft er in eine kirchliche Vertretung nicht hinein!“

Und es waren nicht wenige, die diese Meinung hatten. Sie wagten sich zwar nicht laut und heftig hervor; denn der Ertelenz war auf der Gut; aber es bildete sich doch eine stille und starke Gegnerschaft.

Schröder kam die Sache ziemlich unermutet. In einem Tage hatte ihn der Ertelenz gefragt, ob er eine Wahl annähme, falls die nötige Stimmenzahl auf ihn falle.

Wir haben bald Pfarrwahl, da müssen wir sorgen, daß verständige Köpfe in der Vertretung sitzen!

Da hatte er zugefagt.

Einen Vortrag müssen Sie uns zur Pfarrwahl halten, daß die Bauern wissen, was sie zu tun haben!

Da hatte Ertelenz in die alte Glut gegriffen. Einen Augen-

blick schlug die Lohe auf.

Aber Schröder dämpfte sie gleich wieder: Ich bin kein Zwanziger mehr und des Kampfes müde. Mag auch keinen Brand ins Dorf werfen!

Vortrefflich, Schröder, da sollt Ihr verständlich reden! Ihr sollt uns keinen ins Dorf holen, der Euer Mantelchen um hat, damit könnt uns nicht gebient sein; aber wir wollen auch keinen Pfarrer haben, der die Erde und das Leben nicht kennt. Keinen, der nur schöne Worte macht; aber das Herz doch nicht auf dem rechten Fleck hat. Er muß eine Liebe im Herzen haben, zu uns und zu seinem Herrgott, da werden wir dann miteinander auskommen!

Das war mir schon recht!

So waren wir uns einig!

Als die Arbeiter hörten, daß Schröder zur Wahl stände, sagten sie ihm geschlossen ihre Hilfe zu. Er wußte, daß dies ein persönlicher Liebesdienst war. Arbeiterschaft und Kirche waren stets einander vorbeigegangen; die Kirche hatte kein Verständnis für die sozialen Verlebrungen der Arbeiter gezeigt; da hatten sie sich abgemacht. Wenn sie nun aber trotzdem zur Pfarrwahl antreten wollten, so geschah es aus Liebe zu ihm, nicht aus Interesse für die Kirche.

So ward die Wahlbeteiligung äußerst rege, und Schröder wurde mit erdrückender Mehrheit gewählt. —

(Fortsetzung folgt.)



Das Brot müsse von den Konsumenten selbst nachgewogen werden, um sich vor Ueberschreitungen zu schützen. Eine am Donnerstag vormittag im Mathias-Kaffeehaus abgehaltene Sitzung soll sich mit der Festlegung der Preise für Fleisch- und Wurstwaren beschäftigen. Die Arbeiterjugend bezieht am 1. Oktober im „Grand Salon“ ihr 18. Stiftungsfest. Die ältern Genossinnen und Genossen müssen die Veranstaltung nach Kräften unterstützen. Ein vorzeitiges Ende fand am Dienstagabend im Hotel „Schulterblatt“ eine Versammlung des Stahlhelmbundes. Durch ein großes Insekt hatten die Stahlhelmliebe eingeladen. Das haben natürlich auch Nichtmitglieder gelesen, die sich von der „Harmlosigkeit“ der Stahlhelmorganisation überzeugen wollten. Die schönen Reden, die man ihnen vorlegte, konnten die unbegreiflichen Fragen bei den allerorts zutage tretenden Bestrebungen des „Stahlhelms“ nicht über sein wahres Gesicht hinwegtäuschen. Und nach dem, was über das Auftreten der Stahlhelmangehörigen in Burg an dem Abend erzählt wird, ist es mit der Harmlosigkeit der Stahlhelmliebe wirklich nicht weit her. Wenn es stimmt, daß von dieser Seite mit Schießen gedroht worden ist, so dürfte erwiesen sein, daß diese Leute auch in Burg bewaffnet sind, und es wäre Aufgabe der Polizei, die übrigens auch gerufen war, aber keine Gelegenheit zum Eingreifen hatte, ihnen die Waffen abzunehmen, ehe sie Unheil damit anrichten. Im Übrigen verließ die Erkundigung ganz harmlos, weil die Stahlhelmliebe das Geschickste ist, nämlich das Feld räumen. Es dürfte ihnen diese unvernünftige Kontrolle wohl gezeigt haben, daß die Arbeiterschaft von Burg sich nicht provozieren läßt; die Stahlhelmliebe sollen sich hüten, in Burg etwa ähnliche Herausforderungen zu veranlassen, wie an verschiedenen andern Orten. Es würde ihnen schlecht bekommen. —

**Scheren, 8. September.** (Eine Protestversammlung) gegen die Reaktion findet am Sonntag nachmittag im Lokal des Genossen Schmidt statt. Es werden Vertreter beider sozialistischen Parteien über die politische Lage sprechen. Da auch die demokratische Partei ihr Einverständnis mit der Versammlung gegeben hat, ist zu erwarten, daß kein christlicher Republikaner zu Hause bleibt. Jeder Mann und jede Frau müssen ihre Kräfte in den Dienst der Republik stellen. Wer zu Hause bleibt, zeigt damit, daß er der Reaktion zuneigt. —

### Kreis Kalbe.

**Schönebeck, 8. September.** (Billige Arbeitsbekleidungsstücke.) Das Lebensmittelamt unter Leitung des Genossen Ladebeck hat in letzter Zeit des öfters billige Kleidungsstücke, wie Drilichgen, weisse Hemden usw. beschafft. Die Abgabe erfolgt mit geringem Preiszuschlag, um die entfallenden Unkosten zu decken, an die niedere Bevölkerung. Zurzeit gelangen während der Vormittagsstunden im Zimmer 29 des Rathhauses Drilichhojen, wollene Unterjacken und Mägen zur Ausgabe. Verkaufsverhandlungen wegen Beschaffung preiswerter Bettwäsche und Mantel schweben noch. Hoffentlich werden diese erfolgreich, um den dringenden Bedarf bei den ärmeren Einwohnern decken zu können. — **Wohnungsfrage.** Die Ausgaben der Stadt Schönebeck für Wohnungsbau einschließlich der Notwohnungen sind in der Öffentlichkeit wenig bekannt. Damit sich die Einwohnerschaft eine Vorstellung davon machen kann, was in dieser Beziehung getan worden ist, lassen wir folgende Zahlen sprechen: Für Wohnungsbau und Bau von Notwohnungen wurden bisher insgesamt 924 355 Mark ausgegeben. Darunter befinden sich auch die Ausgaben für die Kolonie Sachsenland und für den Wohnungsbau Köp. Der Köpische Bau hat 343 728 Mark erfordert. Verzinst werden durch Mieteinnahmen aus der Brothausgasse jetzt 100 000 Mark zu 5 Prozent, ein Teil der Baukosten soll durch Staatszuschüsse gedeckt werden, deren Höhe noch nicht feststeht. Zur weiteren Hebung des Wohnungsbaus und für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge sind von den Staatsbehörden aus Anleihen 1 500 000 Mark bewilligt. Es war gedacht, die Verzinsung und Tilgung dieser Anleihe aus der in Aussicht stehenden sogenannten Wohnungsteuer zu bewirken. Trotz aller Hindernisse und Schwierigkeiten wird weiterhin auf möglichste Milderung der Wohnungsnot hingearbeitet werden. Neue Summen müssen zur Behebung der Bauaktivität und zur Verringerung der Wohnungsnot bereitgestellt werden. Die Stadt wird auch weiterhin den Bau- und Sparverein bei Durchführung seiner Bauprojekte unterstützen. Es ist also daraus zu ersehen, daß die jetzige Stadtverordneten-Versammlung in der Stadtverwaltung alles tut, um die Wohnungsnot, soweit es ihr möglich ist, zu mildern. Die Bauaktivität beginnt sich erfreulicherweise zu regen, denn die Unternehmer folgen dem guten Beispiel der Stadt. —

### Kreis Quezlinburg-Mischerleben.

**Mischerleben, 8. September.** (Streik) ist am Mittwoch in der Maschinenfabrik R. Wolf u. Co., Werk Mischerleben, ausgebrochen. Er hängt mit dem Streikbeschluß der Metallarbeiter in Magdeburg zusammen. Die Zahl der Streikenden beträgt rund 1100. Die Leh-

linge, Schwerbeschädigten, Betriebsbeamten, Viehhirtenarbeiter und eine Anzahl Arbeiter für die notwendigen laufenden Reparaturen arbeiten vorläufig weiter. Die im Betrieb vorgenommene Abstimmung hatte ergeben, daß 780 Arbeiter für und nur 106 gegen den Streik waren. Wie es heißt, hatten die Vertreter der Firma sich nur zu Lohnzulagen von 80 Pfennig für die Stunde verstanden. Nur für später waren weitere keine Zulagen in Aussicht gestellt worden. — **Der Milchpreis** sollte auf 280 Mark der Liter festgesetzt werden. Die behördliche Preisprüfstelle beschloß aber in einer Sitzung ganz richtig diesen Betrag als einen Ausscherepreis zu bezeichnen. Die Sitzung sprach ihr Bedauern darüber aus, daß bei Verfolgung auf Grund des Milchgesetzes zurzeit wenig Aussicht auf Erfolg vorhanden sei. Die polizeiliche Milchprüfung soll in Zukunft schärfer gehandhabt und jeder Milchhändler zur Bestrafung angezeigt werden. — **Gegen Steuerhinterziehungen** wird auch in Mischerleben streng vorgegangen. Kürzlich wurde ein Geschäftsmann zu 28 000 Mark Nachzahlung und Strafe verurteilt; jetzt muß ein Landwirt wegen entzogener Umsatzsteuer 2790 Mt. Strafe zahlen. —

### Kleine Chronik.

**Ein Arm in der Habel gefunden.** Der grauenhafte Leichenfund, der vor einigen Tagen die Potsdamer Behörden in Anspruch nahm, wird durch das Auffinden eines Armes aus der Habel in Erinnerung gebracht. Unweit der Leberfährlücke nach Neuhabelsberg ist ein linker Arm gefunden worden, der anscheinend ein der fehlenden Gliedmaßen der Leiche ist; von der Arme und Beine losgetrennt waren. Nächtens findet die Obduktion des verstümmelten Körpers statt, von der Rückschlus über die Todesursache erwartet wird. Durch die drücklich auseinanderliegenden Fundstellen der Körperteile wird die Angelegenheit noch rätselhafter. Sie erinnert an die Auffindung der Leichenteile in Berlin. —

**Mißglückter Raubüberfall auf einen Postzug.** Auf die Bahnpost des Spätzuges Magdeburg-Bingen wurde zwischen Gensungen und Budesheim durch unbekannte Räuber ein Überfall unternommen. Der Postbeamte wurde zunächst beschossen, als dann aber der Zug durch die Notbremse zum Stehen gebracht wurde, sprangen die Täter ab und entkamen. Die Räuber haben nichts erbeutet, auch der Postbeamte ist nicht verletzt worden. —

**Große Sprengstoffunde in Hamburg.** Hamburger Kriminalbeamte fielen drei junge Burken mit schweren Paketen an. Bei näherer Untersuchung stellte es sich heraus, daß die Pakete Sprengstoffe enthielten. Drei weitere junge Leute, die mit dem Transport in Verbindung standen, wurden später ermittelt und ebenfalls festgenommen. Die Verhafteten hatten 2 1/4 Kilogramm Sprengstoff bei sich, und in einer Privatwohnung wurden später noch 16 Kilogramm Sprengstoff und 300 Sprengkapseln beschlagnahmt. Drei der Täter haben die Sprengstoffe von Arnsherg in Weitzalen, wo sie vermutlich in einer Bede gestohlen worden sind, nach Hamburg gebracht. Es konnte dort noch ein weiterer Komplize verhaftet werden, bei dem ebenfalls 10 Kilogramm Sprengstoffe und 100 Sprengkapseln gefunden wurden. Die Festgenommenen wollen teils nicht gestehen haben, daß es sich um gefährliche Sprengstoffe handelt, teils verweigern sie der Polizeibehörde gegenüber jede Aussage. —

**Strassenbahnzusammenstoß am Marktplatz in Berlin.** Der Marktplatz ist Schauplatz eines schweren Strassenbahnzusammenstoßes geworden. Ein aus Richtung Spittelmarkt kommender Strassenbahnzug der Linie 72 war mit zwei vollbesetzten Anhängern im Begriff, eine komplizierte Weichenführung zu passieren, als der zweite Anhänger aus den Schienen sprang und sich quer über die Gleise stellte. Am selben Augenblick fuhr eine ebenfalls mit einem Anhänger besetzte Bahn der Linie 99, aus der Spandauer Straße kommend, vorbei. Der Anhänger dieses Wagens fuhr mit voller Gewalt auf den entgleisten Wagen der Linie 72 und ritz ihm den Vorderperren buchstäblich ab. Im nächsten Augenblick durchstießen lautstark die Luft. Auf dem Vorderperren des entgleisten Wagens befanden sich im Moment des Unfalls acht Personen, die meistens auch noch Kräfte und Körbe mit sich führten. Diesen wurde der Boden unter den Füßen fortgerissen, so daß sie auf die Schienen stürzten und von dem Wagen, abgleich der Fahrer sofort stark bremste, eine Strecke mitgeschleift wurden. Glücklicherweise sind die Folgen des merkwürdigen Unfalls nicht so erheblich, wie man nach dem ersten Ueberblick hätte annehmen sollen. Ein Mann hat durch einen Glassplitter eine schwere Augenverletzung, ein weiterer einen Nervenschlag davongetragen, während zwei Frauen und zwei Männer mit Quetschungen und vier weitere Personen mit Hautabstüpfungen davonkamen. In wenigen Minuten war

ein Stellungswagen der Strassenbahn und ein Zug der Feuerwehr zur Stelle, die die Verletzten auf die nächste Rettungswache schafften. Die Strecke konnte nach einer halben Stunde wieder für den Verkehr freigegeben werden. —

**Zwei Schwerverbrecher verhaftet.** Den unangesehenen Bemühungen der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, zwei lang geuchte Verbrecher zu verhaften. Es handelt sich um die Arbeiter Joseph Wilbes und Erich Janzen, denen eine Anzahl von Straftaten zur Last fallen, u. a. der Raubüberfall auf die Antiquitätenhändlerin Wiber in der Dortheenstraße in Berlin und ein schwerer Einbruch in den Dom zu Münster. Die Leute aus allen Raubzügen war stets sehr reichlich, so daß die Verbrecher ein sorgloses Leben führen konnten. Teils haben sie an dem Raubzug mit auch eine Frau Schneider, die „Braut Wilbes“, die gleichfalls verhaftet worden ist. —

**Schicksalungen über eine Million Mark.** In Mainz sind durch die Reichsbank große Schicksalungen entdeckt worden, die durch Angestellte der französischen Nationalkreditbank im Frühjahr 1920 in Höhe von einer Million Mark verübt worden sind. Gegefährdet ist durch die Betrügereien nur die Nationalbank. Eine Verhaftung in der Affäre ist bereits erfolgt. —

**Fünf Personen im Flugzeug abgestürzt.** Ein Flugzeug der Linie Paris-Strasbourg stürzte ab. Die vier Insassen wurden getötet, der Führer schwer verletzt in das Hospital gebracht, wo er beim Eintreffen verschied. —

### Bereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorauszahlung, die Seite 50 Pfg. aufgenommen.

**Sattler.** Freitag den 9. September, abends 6 Uhr, Versammlung aller streikenden Kollegen bei Genosse Kaiserstraße 57.

**Getreidegewerkschaftler u. a.** Dienstag den 13. September, abends 6 1/2 Uhr, Sitzung im Raubstrassenzimmer des altstädtischen Rathauses, 1356

**Stamm- und Ringklub Adler.** Freitag den 9. September, Versammlung bei S. Weber, Grünauerstraße 1540

**Ringe und Sportklub Vorwärts Eudenburg.** Übungsstunden Dienstags und Freitags von 7 bis 9 Uhr im „Kraftplatz“, Leibziger Straße.

**Am Freitag den 9. September** außerordentliche Versammlung ebenfalls im „Kraftplatz“, Leipziger Straße.

**Turnverein Fichte, Abt. Eudenburg.** Am Freitag nachmittag 3 Uhr treffen sich unsere Mitglieder zur Beerdigung des Turngenossen Karl Eiders in der Kirchhofstraße. 1536

**Arbeiter-Turn- und Sportbund, 2. Kreis, 2. Bezirk.** Sportler für Wettkämpfe in Burg Abfahrt Sonntag vormittag 8 1/2 Uhr vom Hauptbahnhof. 1542

**Arbeiter-Stenographenbund.** Freitag den 9. und Samstag den 13. September Beginn von neuen Lehrkursen im „Bürgerhaus“, Stephansstraße 38.

**Klein-Dierckeleben.** Freie Turnerschaft, Sonnabend den 10. September, abends 7 1/2 Uhr, Vortrag bei E. Schöbe. 1541

**Neubadenerleben.** Freitag abend 7 1/2 Uhr Betriebsrat-Vollversammlung bei Goldig. 1559

### Wasserstände.

+ bedeutet über, - unter Null.

Fluss.	Gall.	Wuch.	Fluss.	Gall.	Wuch.	
Parubitz	7.9	-0,94	Oden	8.9	-0,02	-0,04
Brandeis	..	-0,58	..	..	..	..
Reinit	..	+0,22	..	..	..	..
Leitmeritz	..	+0,56	..	..	..	..
Juritz	8.9	..	..	..	..	..
Dresden	..	-2,20	..	..	..	..
Zorgau	..	-0,64	..	..	..	..
Wittenberg	..	+0,41	..	..	..	..
Reglau	..	..	..	..	..	..
Alten	7.9	-0,16	..	..	..	..
Barby	8.9	-0,13	..	..	..	..
Magdeburg	..	-0,08	..	..	..	..
Fangermünde	..	+0,26	..	..	..	..
Wittenberge	..	-0,05	..	..	..	..
Benzen	7.9	+0,40	..	..	..	..
Damitz	..	-0,56	..	..	..	..
Barby	6.9	-0,58	..	..	..	..
Wittenburg	7.9	-0,36	..	..	..	..
Waldstorf	8.9	-0,49	..	..	..	..

### Wettervorhersage.

Freitag den 9. September: Heiter, trocken, tagsüber warm. — (Schluß des redaktionellen Teils.)

## Führt Ihr Kaufmann

keine „Magol“-Bohne, keinen „Magol“-Schuhputz, wir nennen Ihnen eine Verkaufsstelle. Telephone 2090, 1928, 1714.

# Preisermäßigung

Merfeinste **Drei-Kronen-Grasbutter** 28.00 Pfund Mt.

# Otto Toepfer

Butterhandlung zu den drei Kronen.

Verkaufsstellen: Breiteweg 226, Alter Markt 33, Alte Ulrichstraße 18, GutsMuths-Str. 27, Wilhelmstraße: Gr. Döb. Str. 217, Eudenburg: Kaiserstr. 33.



Ich hab's erkannt u glaub es feste. Zum Putzen ist **Urbin** das Beste!

Schuhputz „Urbin“ überall zu beziehen! Fabrik: Urban & Lomm, Charlottenburg.

### Achtung! Auf Wunsch!

## Hausfrauen und Landwirte

Vin am Sonnabend den 10. September noch einmal in Magdeburg, Capthof Schöne Ede, Schönebeckstraße, von früh 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr und sonstige

## Schafwolle und Strumpfabfälle

gegen prima Kamgarne ein. Es ist dieses der allerbeste und noch billige Einkauf in Magdeburg. Ein jeder dieser feinen Bedarf, da die Garne fotografisch im Preise stehen.

**Josef Montag, Dingelstädt (Eichsfeld).**

### Barleben. 2300 Barleben.

Verkaufe am Freitag und Sonnabend

## prima Landwurst

Leber, Kottwurst, Gölze... Pfund 16.00  
Bratwurst... Pfund 20.00

## Alwin Kietz

Barleben, Bahnhofstraße 15. — Rein Seden.

## 500 Mt. Belohnung

wer uns den gestohlenen **Elektromotor vom Bau Sternbrücke** nachweist oder Angaben macht, daß wir den Täter gerichtlich belangen können. Diskretion zugesichert.

**Cementbau-N.-G., Beaumontstr. 16.**

Am Mittwoch den 7. September, früh 8 Uhr, ent- schließ nach kurzen Geben unser gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, die Witwe

## Marie Hochbaum

geb. Schütze  
im 77. Lebensjahr.  
Obenst. dt., den 8. September 1921.  
Die trauernden Kinder.

Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittag um 3 Uhr statt.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Magdeburg.

**Kaufm.**  
Am 6. d. M. starb unser Mitglied, der Schmied

## Karl Eiders

an Krämpfen, 31 Jahr alt. Ihre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag den 9. d. M. nachmittags 3 1/2 Uhr, vor der Halle des alten Eudenburg-Friedhofs aus statt.

## Von der Reise zurück

## Dr. Lenhoff

Direktor der städt. Gesundheits- Facharzt für Haut- u. Geschlechts- krankheiten. M 181

## Turnverein Fichte

Abt. Eudenburg.

Am Dienstag verstarb unser langjährig. Mitglied

## Karl Eiders

im Alter von 31 Jahren. Ihre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Freitag nachmitt. 3 1/2 Uhr auf dem alten Eudenburg-Friedhof statt.

## Arbeitsmarkt

Ein tüchtiges **Mädchen** für Meineren Haushalt sofort gesucht. Vorstellung zwischen 9 und 1 Uhr vormittags bei

## Schultz

Saßerhäuser Str. 121c, 1.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Magdeburg.

Geschäftsstelle: Große Ringstraße 3, 1. — Geschäftsstunden werktags von 10 bis 5 Uhr, Sonnabends von 10 bis 2 Uhr — Sonntags geschlossen. — Telefonamt 1912.

Freitag den 9. d. M., vorm. 10 Uhr

## Brandenversammlung der Seilenbauer

im „Goldenen Löwen“, Saßerhäuser Str.

## Führen

aller Art erledigt sofort

## Wiesen-Heu

mehrere Fuhrer abgegeben.

## Behufe

2370  
Sammelfußstraße Nr. 21.  
— Telefon 7468. —

## Zurückgekehrt

Sanitätsrat 2318

## Dr. Walther Fischer.

Vertiko 2374  
Pfeilergranz Spiegel  
müßig, gut erhalt., best. preisw.

## R. Bosse

Gr. Markt-  
straße 22.

**Wir haben** aus unserm Gelegenheitskauf eine Anzahl **prächtige Cigarren** heransortiert, die **zu unerreicht billigen Preisen** zum Verkauf bringen.

**Rein Uebersee!!**  
Günstige Gelegenheitsposten für Wiederverkäufer

**Cigarren** von 45 Pf. an **Cigarillos** von 20 Pf. an

**Rein Uebersee!!**  
Günstige Gelegenheitsposten für Wiederverkäufer

**Cigaretten** alle führenden Marken **Tabake** in reichhaltig. Auswahl

**Cigarren-Centrale G. m. b. H.**

Besichtigen Sie unsere Auslagen!

17 Alte Ulrichstraße 17

Telephon 7608

17 Alte Ulrichstraße 17.

Neu eingetroffen sind:  
Neue feldgraue Hosen, neue gestreifte Hosen, neue Mato-Einfaß-Hemden, neue Aufhänge und neue weiße und graue Decken usw.  
**Fürsorge-Verein**, Hindenburgstraße 17.  
Verkauf von 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr.  
Fernsprecher 7736.

# Trabrennen in Magdeburg

Rennbahn am Herrenkrug

Sonnabend den 10. September, 2 1/2 Uhr

**7 Rennen mit Totalisatorbetrieb**

Sonntag den 11. September, 2 Uhr

**8 Rennen mit Totalisatorbetrieb**

Fernwetten durch die Wettannahme Magdeburg, Alte Ulrichstraße 2. — Fernsprecher Nr. 7634/36.

## Lichtspielhaus Panorama

### 2. Teil: Fortunato

Die Todesfahrt in den Lüften

Abenteuer in 5 Akten — Hauptrollen:

Rita Clermont, Peggy Longard, Oskar Marion, Paul Ludwig

Erra Boguar, Josephine Dora, Rosa Valtell, Gertrud Welcker, Fritz Beckmann, Kurt Vespermann, Karl de Vogt, Wilhelm Diegelmann, Julius Falkenstein, Georg John, Hermann Picha, Hermann Vallentin, Paul Westermeyer, Toni Zimmerer

### Planetenschieber

ein grotesker Bildersturm in sechs Bildern.

Beginn der Vorstellungen: Wochentags 3 1/2 Uhr, Sonntags 3 Uhr

**Enorm billiges Wäsche-Angebot!**  
Waschenden für Männer, Frauen und Kinder, Unterröcke, Hosen sowie vieles andere Günstige Gelegenheit für Käufer!  
**R. Eins**, Beaumontstr. 14, pt. r.

## Ferngläser

(Zell, Goern) läuft zu allerhöchsten Tagespreisen

**M. Laufer**, Peterstraße 2

## Zentraltheater

**Bunte Bühne** (Theater-Restaurant)  
Täglich 8 Uhr:  
Das glänzende Eröffnungs-Programm der Winter-Spielzeit

**Premieren-Abend** abends 7 1/2 Uhr  
**Der Tanz ins Glück!**  
Musik von Stolz.

**Fürstentum-Prunksaal**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
Das Hosen-Programm!  
Mit: Max Harnisch, Willy Schuler-Schulz, Felix Silber, Agni u. Kovacs, Ernst Petersmann, Artura & Co. 3 Broadway, 3. Stock, Berlin.

**Vier-Rabarett**  
**Blauer Grotte** (Gartenhof-Darstellung)  
Täglich 8 Uhr  
Das große Eröffnungs-Programm

**Polstheater**  
**Stephanshallen**  
Täglich 8 Uhr  
Die schöne Wälderin  
in drei Akten

**Königs Lichtspiele**  
Täglich 8 Uhr  
Die Erbschaft!

**Königs Lichtspiele**  
Täglich 8 Uhr  
Die Erbschaft!



**In's Auge fallend**

ist der mit **Javalin** erzeugte Hochglanz des Schuhwerkes. Überall zu haben. Oren Fabrik Gehr Meyer Hannover-Bildingen. Vertreter und Lager für den Großhandel

Paul Lührs, Magdeburg, Kaiserstraße 19  
Fernsprecher 2832 und 7833.

## Walhalla Lichtspiele

Ab Freitag den 9. September  
**HARRY PIEL**



in dem großen Abend-Conto-Conto  
**DER REITER OHNE KOPF**  
Abenteuer eines Vagabunden in 3 Akten  
6 Akte 1 Teil 6 Akte  
**DIE TODESFALLE**  
Abenteuer  
**EVA KANN NICHT KUSSEN**  
romantisches Lustspiel  
von Will Steinberg und Leonard Hesel.  
Spielzeit: Wochentags von 6 bis 8 1/2 Uhr, Sonntags von 3 bis 5 1/2 Uhr.

Reichhalt. frucht. Mittags- u. Abendessen à 2.25 BRL. Bäck- und Egerhaus Mitte, Reife, Schwertfegerstr. 22, [225]

## Krystall-Palast-Kaffee.

Täglich nachmittags und abends  
Erstklassig. Künstler-Konzert | Damen-Kaffeekränzchen  
ausgeführt vom Salonorchester Hacker

## Zirkus-ZL Lichtspiele

Das größte Ereignis der Saison  
Das gewaltigste aller Filmwerke

# Danton

7 Akte 7

Ein Drama nach geschichtlichen Ereignissen.  
— Regie: Dimitri Buchowetzki. —

Personen:  
George Jacques Danton . . . . . Emil Jannings  
Maximilian Robespierre . . . . . Werner Krauß  
St. Just . . . . . Robert Scholz  
Camille Desmoullins . . . . . Joseph Runitzsch  
Lucile, seine Frau . . . . . Charlotte Ander  
Yvonne . . . . . Maly Delschaft  
Herant de Sechelles . . . . . Ferdinand von Alten  
General Westermann . . . . . Eduard von Winterstein  
Fouquier Tinville, der öffentliche Ankläger . . . . . Friedrich Kühne  
Henriot . . . . . Hugo Döblin  
Die kleine Babette . . . . . Hilde Wörner  
Das Volk

## Die Berliner Range Lotte kuppelt

Lustspiel in 3 Akten mit  
**Hilde Wörner.**

Erhöhte Eintrittspreise!

Beginn: Wochentags 5.30 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

**Städtische Theater.**  
Freitag den 8. September  
**Gladiatoren**  
3 Akte  
**Fra Diavolo.**  
2 1/2 Akte. Ende geg. 7 1/2 Uhr.  
**Wilhelm-Theater.**  
Vorstellung für den Deutschen Schauspielverein  
**Potafsch und Perlmutter.**  
— Anfang 7 1/2 Uhr.

**Operntexte**  
ausgeführt  
Bachhausl. Volkstheater.  
**Operntexte**  
ausgeführt  
Bachhausl. Volkstheater.

## Kammer-Lichtspiele.

Heute und folgende Tage  
**Vera Caraly**  
aus dem Opern-Theater in Wien  
**Die Küche einer Frau**  
Komische Oper in 3 Akten  
Regie: Robert Stein.  
Geit Hegele — Hermann Sallerin  
Michael Reinhold — Paul Richter  
Geni Silla in  
**Nachtbesuch in der Northernbank**  
Komische Oper in 3 Akten  
Regie: Paul Stein.  
Anfang der Vorstellungen:  
Wochentags 7 1/2 Uhr — Sonntags 3 Uhr  
Abend-Gesang von 11 bis 1 Uhr  
**Große Frühvorstellung.**